

SPIEGLEIN, SPIEGLEIN ...





DEMOKRATIE-REFORMEN

- 4 DIE DEMOKRATIE-KAMPAGNE 2017
- 8 ICH WILL ABSTIMMEN. WÄHLEN UND NICHT-WÄHLEN REICHT NICHT.
- 10 DEMOKRATIE BRAUCHT REGELN LOBBYISMUS AUCH
- 12 STARKE DEMOKRATIE DURCH STARKE KOMMUNEN
- 14 MEHR WAHLRECHT AUF BUNDESEBENE
- 16 G20 PROTESTWELLE IN HAMBURG
- 19 DEMOKRATISCHES LEBEN IN DER EU

BUNDESLÄNDER

- 20 MACHT SCHLESWIG-HOLSTEIN SCHLUSS MIT CETA?
- 22 LÄNDERTELEGRAMM

BUNDESWEITE VOLKSENTSCHEIDE

24 EINE VIERTELMILLION IM STIFTUNGSFONDS

WIR TRAUERN

- 25 GEBHARD KIRCHGÄSSNER
- 25 FRANZ THEDIECK

INTERNATIONAL

26 MILLIONENFACHES NEIN VERDIENT RESPEKT

OMNIBUS FÜR DIREKTE DEMOKRATIE

28 DER VOLKSENTSCHEID

REZENSION

29 GEGEN WAHLEN

KURZ NOTIERT

30 DEMORKATIE-NACHRICHTEN

MD INTERN

- 32 ANKÜNDIGUNG DER BUNDESMITGLIEDER-VERSAMMLUNG
- 33 KAMPAGNE 2017 BESCHLOSSEN

... an der Wand, wer ist der Souverän im ganzen Land?

Liebe Leserinnen und Leser,

auf die Plätze, fertig, los! Wir starten unsere Demokratie-Kampagne.

Die Parteien werben um Wählerinnen und Wähler. Und wir werben darum, dass die Menschen sich als souverän und als Souverän wahrnehmen. Wir wollen möglichst vielen Menschen den Spiegel vorhalten – im wahrsten Sinne des Wortes. Wir werden mit großen (und kleinen) Spiegeln unterwegs sein: *Spieglein, Spieglein an der Wand, wer ist der Souverän im ganzen Land?* Wer sich sieht, sieht die Antwort. Wenn mehr Menschen verstehen, dass wir alle gemeinsam den Souverän bilden, dann werden sie souveräner auftreten und nach einer vollständigen Demokratie verlangen: nach der direkten Demokratie auch auf Bundesebene, nach einem Wahlrecht, das unseren Stimmen mehr Gewicht verleiht (siehe Seite 14), nach Bürgerrechten auf europäischer Ebene (siehe Seite 19) und überhaupt nach Gerechtigkeit, die die ganze Welt im Blick hat – mehr dazu im Interview zum G20-Gipfel (siehe Seite 16).

Dieses Heft befasst sich mit dem, was wir in diesem Jahr erreichen wollen. Schon seit es Mehr Demokratie gibt, also seit 30 Jahren, zieht sich ein roter Faden durch unsere Arbeit: Wir wollen eine bessere, eine bürgerfreundlichere Demokratie, vor allem die Einführung des bundesweiten Volksentscheids. An diesem roten Faden ziehen wir stets und ständig, aber in Wahlkampfzeiten muss daraus ein Zerren werden. Wir stehen mit unserer Kampagne in den Startlöchern, werden den Sommer über durch 85 Wahlkreise ziehen und – Achtung, das hatten wir noch nicht! – ab dem Tag der Wahl für etliche Wochen noch einmal zur Hochform auflaufen.

Eine ergiebige Lektüre wünscht

Rail we seed

Ihr Ralf-Uwe Beck

Ralf-Uwe Beck, Bundesvorstandssprecher von Mehr Demokratie.

Ankündigung der Mitgliederversammlung auf Seite 33

DIE DEMOKRATIE-KAMPAGNE 2017

Ziel, Konzept und Hintergründe

TEXT ROMAN HUBER

Vor und nach der Bundestagswahl organisieren wir gemeinsam eine wirkungsvolle und kreative Demokratie-Kampagne.

Die Rahmenbedingungen dafür sind spannend ...

- Direkte Demokratie und die Demokratie sind in der öffentlichen Diskussion wie nie.
- Die CSU nimmt bundesweite Volksentscheide in ihr Grundsatzprogramm auf, nachdem 68,8 Prozent der Mitglieder bei einer Mitgliederabstimmung dafür votiert haben.
- Die AfD macht Druck mit dem Thema auf die etablierten Parteien.

... und bergen Fallstricke

- Referenden von oben werden mit Volksabstimmungen gleichgesetzt: Brexit, Ungarn (Flüchtlingspolitik), Friedensplan in Kolumbien
- Trump, Erdogan und Rechtspopulisten in ganz Europa erschüttern die politische Geometrie
- Verunsicherung der etablierten Parteien

Historie

Bereits 2009 und 2013 kämpften wir vor der Wahl für die Einführung bundesweiter Volksentscheide. Nach der Kampagne 2013 wurde Mehr Demokratie gemeinsam mit Campact noch einmal aktiv und begleitete die Koalitionsverhandlungen. Nach Informationen aus den Verhandlungen hätte dies fast zum Erfolg geführt. Allerdings scheiterte ein Kompromissvorschlag von CSU und SPD am Veto der Kanzlerin. Dieser Beinahe-Erfolg zeigt, dass es auf die Zeit NACH der Wahl ankommt. Deshalb startet am Wahlabend die wichtigste Stufe der Kampagne, die den bundesweiten Volksentscheid in den Koalitionsvertrag bringen soll.

Die drei Phasen

1. Gesprächs- / Wahlprogrammphase

In diesem Jahr haben wir so viele Gespräche mit Bundespolitiker/innen geführt wie nie zuvor. Ein intensives Gespräch bringt mehr als 1.000 Anzeigen oder Plakate.

Ziel

80 bis 100 Gesprächstermine und Kontakte mit unseren Zielpersonen

- a) Die wichtigsten Bundestagsabgeordneten und Politiker/innen, die an den Koalitionsverhandlungen beteiligt sind
- b) Chefredakteur/innen der Leitmedien
- c) Wichtige Multiplikator/innen (Wirtschaft/Wissenschaft)

Und nicht nur Mitarbeiter/innen und Vorstände von Mehr Demokratie, sondern auch uns nahestehende Personen knüpfen Kontakte und führen Gespräche, damit die bundesweite Volksabstimmung immer mehr Menschen überzeugt.

"Nichtresonanz, das Ausbleiben von Antworten, produziert Wutbürger. Und was hat das mit Demokratie zu tun? Unsere Stimme spielt eine entscheidende Rolle. Sie ist ein Instrument, nein, das zentrale soziale Instrument von Menschen, wörtlich und sprichwörtlich. Ohne Stimme gingen wir sang- und klanglos unter."

UTE SCHEUB

2. Wahlkreisphase

Wir stellen neben der Forderung nach Volksentscheiden die Demokratie-Frage in den Mittelpunkt.

Krise der Demokratie

Populismus, postfaktisches Zeitalter, digitale Meinungsmanipulation, "starke" und unberechenbare Männer an der Macht ... die Demokratie scheint weltweit in einer Krise zu stecken. Unsere Welt ist geprägt von rasantem technologischen Wandel, Digitalisierung und komplexen internationalen Verflechtungen. Unendlich vielen Möglichkeiten auf der einen Seite steht der Kontrollverlust auf der anderen Seite gegenüber. Im Hintergrund

1. GESPRÄCHS- / WAHLPROGRAMM-PHASE

Dauer:

Schwerpunkt bis Juni (Gespräche laufen weiter bis Ende des Jahres)

Ziel:

Verankerung direkter Demokratie bei Politiker/innen und in den Wahlprogrammen

- Gespräche, Gespräche
- Wir reden mit allen, mit Abgeordneten, Minister/innen, Parteien!
- Neue Zielgruppe für Gespräche:
 Medienvertreter/innen
- Wir starten Aufrufe zu Demokratiethemen

2. WAHLKREIS-PHASE

Dauer:

Anfang Juli bis zur Bundestagswahl

Ziel:

Wir stellen die Demokratiefrage in den Mittelpunkt: Wer ist der Souverän?

- Aktion und Kunstwerk: Spiegel der Gesellschaft
- Ein Demokratiebuch, das Mut macht, wird verteilt, Auflage: 15.000
- Wir konzentrieren uns auf 85 Wahlkreise
- Kooperation mit OMNIBUS: Video-Aktion "Ich will abstimmen!"
- Beteiligung an G20-Protesten

3. KOALITIONS-VERHANDI UNGSPHASE

Dauer:

Tag der Bundestagswahl bis Ende der Koalitionsverhandlungen

Ziel:

Belastbare Formulierung im Koalitionsvertrag zur Einführung direkter Demokratie

- 100.000 500.000 1.000.000 Unterschriften
- Breites kampagnenfähiges und -bereites Bündnis
- Kreative Aktionen mit dem Ziel: Medienberichterstattung
- Fokussierte und unmittelbare Präsenz in Koa-Verhandlungen

von alldem steht die fortschreitende Aushöhlung der Demokratie durch Wirtschaftsinteressen: Eine kleine Elite mit ungeheurem Vermögen nimmt Einfluss auf die Politik. Die etablierten Parteien und Entscheidungsträger/innen stellen sich den oben beschriebenen Tendenzen nicht entschieden genug entgegen. Sie werden die notwendigen Veränderungen nicht aus eigener Kraft herbeiführen.

Wege aus der Krise

Diese Entwicklungen sind Anlass zur Sorge, sie bieten aber auch eine Chance. Viele Menschen sind heute so offen über Demokratie nachzudenken, wie schon seit vielen Jahren nicht mehr. Wir brauchen – in Deutschland und international – eine Debatte, die geprägt ist von Ernsthaftigkeit, wechselseitigem Respekt und echter Auseinandersetzung. Wir wollen Menschen ermutigen und ihnen ermöglichen, Verantwortung übernehmen, sich der komplexen Welt zu stellen und dabei auch unangenehme Fakten, Unsicherheiten und Probleme zuzulassen, ohne daran zu verzweifeln.

Es gibt schon eine ganze Reihe von Verfahren und Ideen, die hier helfen können. Vier besonders wichtige Weichenstellungen aus Sicht von Mehr Demokratie wären:

- Volksabstimmungen einführen
- Parlamente stärken
- Demokratie von Wirtschaftsinteressen entkoppeln
- Dezentralität stärken.

Spiegel der Gesellschaft

Wir arbeiten mit dem Bild des Spiegels. Das entstehende Bild bleibt in keinem Moment gleich – wie auch die Demokratie. Zudem nimmt es alle Menschen, die zu- und hineinschauen, als eigenständige Akteure ins Geschehen auf. Spiegel werden wir bei Aktionen einsetzen und Zeitungsredaktionen ansprechen, einen Spiegel auf das Cover zu setzen. Mit Spiegel-Installation stellen wir das Thema Demokratie und all die Fragen dazu in ein positives und ästhetisches Verhältnis und schaffen ein Demokratie-Erlebnis.

Konzentration in den Wahlkreisen

Als wir Unionsabgeordneten die Frage stellten, was passieren müsste, damit sie in Sachen Volksabstimmung bewegen, antworten diese regelmäßig:

- a) Wenn ich im Wahlkreis angesprochen werde
- b) Wenn ich Briefe aus meinem Wahlkreis erhalte

Dabei helfen wir gerne! Es gibt etwa 80 bis 100 Abgeordnete, die im alten wie im neuen Bundestag für unser Thema eine Rolle spielen und die an den Koalitionsverhandlungen beteiligt sein werden. Auf sie konzentrieren wir uns. In den Wahlkreisen kommen viele Bürger/innen auch direkt an diese Leute heran.

Folgendes Aktionsset haben wir erarbeitet:

- Dezentrale "Spiegelaktionen": Wir touren mit 2,20 mal
 - 3 Meter großen Spiegelwänden durch Städte und machen ▶

Straßen- und Infostände mit der Zielsetzung, in die Lokalpresse zu kommen; zusätzlich werden Handspiegel und Spiegel-Postkarten verteilt. Die Leitfrage bei der Spiegelaktion mit Blick in den Spiegel ist: Wer ist der Souverän?

- Wir stehen auf den Wahlkampfveranstaltungen und halten Schilder hoch mit der Aufschrift "Volksabstimmungen!".
- Individuelle Briefe aus dem Wahlkreis. Alle wissen, hinter einem Brief stehen Hunderte, die genauso denken, hoher Hebel, direkte Ansprache, werden sicher gelesen.

Natürlich werden auch die Aktiven vor Ort in den restlichen Wahlkreisen Aktivität entfalten.

3. Koalitionsverhandlungsphase

Nach der Wahl, wenn wir unsere Stimme abgegeben haben, holen wir sie uns zurück! Dann starten wir neu durch, damit die bundesweite Volksabstimmung auf den Verhandlungstisch kommt. Wir bündeln die Aktivitäten der Zivilgesellschaft auf einen Punkt: Wir wollen abstimmen, Volksabstimmung in den Koalitionsvertrag! Egal, wer die Wahl gewinnt und welche Koalition am Ende die Regierung bildet: Sie bekommt einen Auftrag von uns! Ein kurzer Text, wenige Zeilen in der üblichen Sprache der Koalitionsverträge, einfach copy and paste → rein in den Koalitionsvertrag.

MITMACHEN!

In Verbindung bleiben!

Wenn Sie keine Neuigkeiten zur Demokratie-Kampagne verpassen wollen, abonnieren Sie unseren Newsletter. Das geht über unsere Website (www.mehr-demokratie.de/md-newsletter.html) oder indem Sie uns an info@mehr-demokratie.de eine E-Mail schreiben, Betreff: Newsletter.

Wie können Sie aktiv werden?

- Schreiben Sie den Kandidierenden in Ihrem Wahlkreis und fordern Sie den bundesweiten Volksentscheid
- Organisieren Sie einen Infostand oder eine Diskussionsveranstaltung bei Ihnen vor Ort
- Besuchen Sie Veranstaltungen der Parteien und machen Sie dort die direkte Demokratie zum Thema
- mehr Ideen unter www.mehr-demokratie.de/ aktionssammlung-buka17.html

Haben Sie Fragen?

Anne Ohnesorge, die Koordinatorin der Wahlkreisphase, erreichen Sie unter 089-462 242 05 oder anne.ohnesorge@mehr-demokratie.de



NEUES BUCH

"Demokratie. Die Unvollendete"

BESTELLEN
SIE JETZT UNTER:

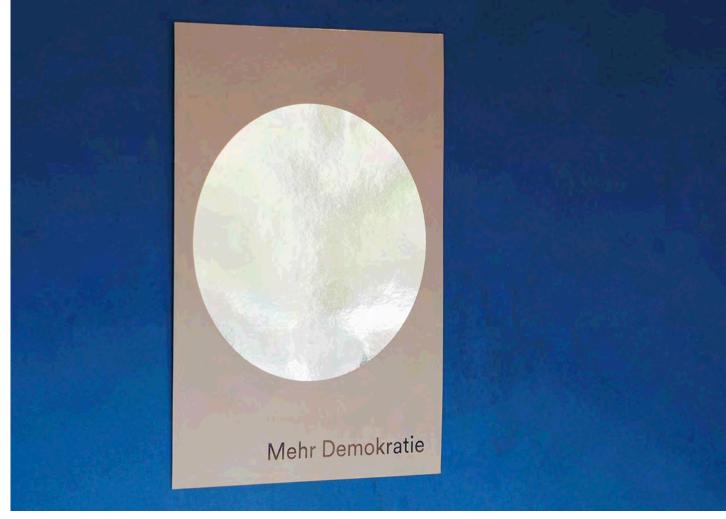
NWW.mehr-demokratie.de/
buecher.html

Die Demokratie ächzt unter dem Vertrauensverlust in die Parteien, populistischen Bewegungen und Wählerfrust. Zusammen mit Ute Scheub bringt Mehr Demokratie ein Buch heraus, das die Vorwärtsverteidigung der Demokratie mit vielen Praxis-Beispielen und kreativen Denkmodellen angeht. Denn: Nur die Demokratie entspricht dem menschlichen Grundbedürfnis nach Gehörtwerden!

Dieses ermutigende Plädoyer für eine Demokratie der Mitbestimmung schenkt Hoffnung! Verteilen Sie es weiter an Freund/innen, Bekannte, Interessierte und Politikverdrossene!

Bestellen Sie jetzt das Buch zum Selbstlesen und Weiterverschenken unter 07957-923 9050 oder mitgliederservice@mehr-demokratie.de!





Demokratie als Spiegel der Gesellschaft. Montage: Demian Conrad

Dafür sammeln wir Unterschriften:

"Die Koalition strebt eine Grundgesetzänderung an, mit der Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide auf Bundesebene eingeführt werden. Dies wird nach dem Vorbild der Länder gestaltet. Die Koalition bringt einen entsprechenden Antrag in den Bundestag ein."

Bündnis

Dafür sammeln wir Unterschriften! Damit ihre Zahl beeindruckt, brauchen wir die Unterstützung aller wichtigen Akteure von links bis konservativ. Das Bündnis wird groß und schlagkräftig wird! Alle Organisationen, die wichtige gesellschaftliche Ziele vertreten, werden profitieren, wenn ihnen auf Bundesebene direkte Demokratie zur Verfügung steht.

Wunsch-Partner:

Die Liste derer, die schon mit im Boot oder mit denen wir im Gespräch sind, ist lang: Foodwatch, der Bund der Steuerzahler, der OMNIBUS für Direkte Demokratie, DNR, der BUND, Greenpeace, Campact, KAB, Lobbycontrol, Sozialverbände, Gewerkschaften, Open Petition, Deutscher Kulturrat, BDKJ, NABU, Netzwerk gerechter Welthandel und viele mehr.

Die Idee dabei: Alle Bündnispartner können das Thema so setzen und begründen, wie es ihnen richtig erscheint. Allein die inhaltliche Forderung – also die Formulierung für den Koalitionsvertrag – eint das Bündnis.

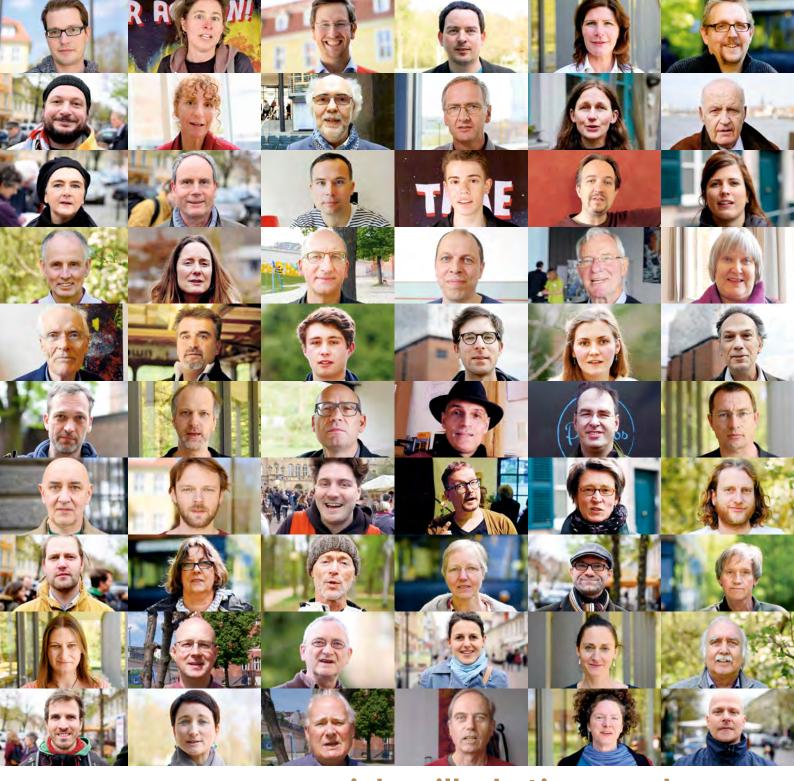
Wie arbeiten wir?

Wir konzentrieren uns auf kreative Aktionen, die neugierig machen und Lust aufs Mitmachen wecken. Wenn wir es schaffen, dass Journalistinnen und Politiker, aber vor allem die Menschen darauf gespannt sind, was wohl als Nächstes von uns kommt – dann haben wir unser Ziel erreicht.

Demokratie ist ein Menschenrecht. Wir werden es nicht geschenkt bekommen, sondern müssen es uns schon holen! /



Roman Huber Geschäftsführender Bundesvorstand von Mehr Demokratie.



www.ich-will-abstimmen.de



ICH WILL ABSTIMMEN. WÄHLEN UND NICHTWÄHLEN REICHT NICHT.

"Ich will abstimmen!" ist eine gemeinsame Aktion des OMNIBUS FÜR DIREKTE DEMOKRATIE mit Mehr Demokratie e.V. und Democracy International. Sie wird von weiteren Organisationen wie der Gemeinwohlökonomie Deutschland oder Bio-Verbraucher e.V. unterstützt. Bis zur Bundestagswahl soll das Bündnis weiter wachsen.

TEXT MICHAEL VON DER LOHE

Wir wollen wahrnehmbar machen, dass es sich bei der Einführung der bundesweiten Volksabstimmung um das umfassendste, interessanteste und notwendigste Reformprojekt unserer Gesellschaft handelt.

Wir wollen die Zuschauerrolle verlassen und freuen uns auf die neue Vielfalt von Ideen, die dann endlich aus der Mitte der Gesellschaft kommen können.

Wir wollen jetzt direkt und gleichberechtigt Verantwortung übernehmen, damit eine Welt entstehen kann, die wir selbst gewollt haben.

Ich will abstimmen besteht nicht nur aus einem Aufruftext, den man unterschreiben kann, sondern auch aus immer mehr Kurzfilmen, in denen die Menschen sagen, warum sie die bundesweite Volksabstimmung wollen.

Am 23. Mai, dem Tag des Grundgesetzes, ist vor dem Deutschen Bundestag die bundesweite Aktion gestartet. Zum Auftakt haben wir die Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage veröffentlicht, die der OMNIBUS und Mehr Demokratie im April bei infratest dimap in Auftrag geben hatten. Die Studie untersucht, wie viele Menschen die Volksabstimmung auf Bundesebene befürworten, und wie wichtig ihnen die Volksabstimmung ist.

Das Resultat der Umfrage ist eindeutig: Fast drei Viertel der Befragten (72 Prozent) sprechen sich für Volksabstimmungen auf Bundesebene aus. Den Befürworter/innen ist eine Einführung bundesweiter Volksentscheide dabei ausgesprochen wichtig (Mittelwert 7,4 auf der 10er-Skala). Des Weiteren verdeutlicht die Umfrage, dass die Zustimmung zur direkten Demokratie nicht an Parteigrenzen halt macht. Die Einstellungen zu Volksabstimmungen auf Bundesebene liegen bei den verschiedenen Parteianhängerschaften nahe beieinander. Auch die gesellschaftliche Stellung der Befragten spielt kaum eine Rolle. Die Befürwortung der Volksabstimmung ist unabhängig von Alter, Geschlecht, Beruf oder Nettoeinkommen.

Hinter den Zahlen dieser Umfrage stehen Menschen. Menschen mit ihren Erfahrungen und Beweggründen. Diese werden in den vielen Filmen sichtbar. Jede/r kann ganz einfach auf www.ich-will-abstimmen.de einen Film einsenden, um damit Gesicht zu zeigen und ganz authentisch die persönlichen Gründe für den Willen nach bundesweiten Volksabstimmungen zu beschreiben.

MACHEN SIE MIT! www.ich-will-abstimmen.de



Michael von der Lohe Geschäftsführer des OMNIBUS für Direkte Demokratie.



Foto: kallejipp / photocase.de

DEMOKRATIE BRAUCHT REGELN -LOBBYISMUS AUCH

Lobbyismus – also die Vertretung eigener Interessen – gehört zu einer Demokratie dazu. Doch wie muss er geregelt werden, damit er nicht das Gemeinwohl gefährdet?

TEXT TIMO LANGE

Es steht derzeit nicht gut um die liberale, aufgeklärte Demokratie: Immer mehr Menschen wenden sich Parteien und Personen zu, die unser politisches System ablehnen. Sie fühlen sich von der Politik nicht mehr gehört und vertreten. Auch hierzulande. Laut einer aktuellen Meinungsumfrage sind 56 Prozent der Bundesbürger/innen unzufrieden mit der deutschen Demokratie.¹ Und dieses Gefühl hat einen wahren Kern. Eine Studie im Auftrag des Bundesarbeitsministeriums kam kürzlich zu dem Schluss, dass sich die Politik vor allem an den Interessen der Wohlhabenden orientiert. Der Rest hat das Nachsehen.

Wann schadet Lobbyismus?

Ein wichtiger – aber nicht der einzige – Grund für diese Krise der Repräsentation ist der ungezügelte Lobbyismus. Klar ist: Die Vertretung politischer Interessen und die Beteiligung von gesellschaftlichen Gruppen gehört zur Demokratie. Wenn bestimmte Lobbygruppen jedoch übermächtig werden und im Geheimen operieren können, kann das das Gemeinwohl untergraben und zu gefährlichen gesellschaftlichen Schieflagen führen.

Beispiel gefällig? So hat allein die Finanzbranche dank gewiefter Lobbyarbeit jahrelang die Staatskasse plündern können und mit sogenannten Cum/Ex-Geschäften um rund zehn Milliarden Euro erleichtert. Zum Vergleich: Damit könnte man rund 18.000 Lehrerinnen bezahlen. Oder 24.000 Polizisten. Oder 31.000 Erzieherinnen. Für jeweils zehn Jahre.

Aber auch beim Abgas-Skandal, bei den Freihandelsabkommen TTIP und CETA, dem Streit um das Herbizid Glyphosat oder der Debatte um die Privatisierung von Autobahnen spielte Lobbyismus und die zu große Nähe zwischen Behörden und Unternehmen eine wichtige Rolle.

Gleichzeitig lesen die Menschen immer wieder, dass die Autoindustrie großzügig an Parteien spendet oder Spitzenpolitiker/innen in lukrative Lobbyjobs wechseln. Eine Steilvorlage für all jene, die diese Beispiele nutzen, um die Demokratie

¹ Details zu der Studie bietet der Artikel "Deutsche sind unzufrieden mit der Demokratie" unter cicero.de/berliner-republik/ umfrage-deutsche-sind-unzufrieden-mit-der-demokratie

grundsätzlich in Frage zu stellen, ohne selbst überzeugende Antworten liefern zu müssen. Die Große Koalition wiederum hat es bislang versäumt, die richtigen Konsequenzen aus all den größeren und kleineren Lobbyskandalen zu ziehen.

Die Konzepte liegen längst auf dem Tisch

Ein verpflichtendes Lobbyregister würde offenlegen, wer in wessen Auftrag welche Gesetze beeinflussen will. Ein entsprechendes Gesetz würde die Bedingungen für alle Interessenvertreter/innen einheitlich regeln und somit einen Beitrag für faire Ausgangsbedingungen leisten. Verdeckte Lobbyarbeit wäre kaum noch möglich. Eine *Legislative Fußspur* wiederum würde

sichtbar machen, welche Lobbyist/innen bei der Gesetzesformulierung Einfluss genommen haben. Das würde nicht nur das Parlament gegenüber der Regierung stärken – schließlich formuliert die die meisten Gesetze. Ein Instrument wie die *Legislative Fußspur* würde darüber hinaus dafür sorgen, dass Interessengruppen ausgewogen beteiligt

werden. Schließlich geriete jedes Ministerium unter großen Rechtfertigungsdruck, wenn etwa ein Finanzmarktgesetz ausschließlich mit den Banken abgestimmt worden wäre.

Mehr Transparenz ist aber nicht nur bei den Lobbyist/innen und im Gesetzgebungsprozess notwendig. Auch bei der Parteienfinanzierung und den Nebeneinkünften von Abgeordneten braucht es Transparenz, damit anvertraute Macht nicht missbraucht wird, wenn viel Geld ins Spiel kommt. Aktuell sind die Werte, ab denen Parteispenden veröffentlicht werden müssen, viel zu hoch. Ein großer Teil der Geldflüsse bleibt so im Dunkeln. Das Sponsoring von Parteien ist sogar vollständig intransparent. Ohne Transparenz können aber Zusammenhänge zwischen Zuwendungen und politischen Entscheidungen nicht erkannt werden. Noch verschärft gilt das für die verdeckte Finanzierung ganzer Wahlkampagnen, wie wir es gerade bei der AfD erleben. Dort fährt ein formal von der Partei unabhängiger Verein millionenschwere Kampagnen zur Unterstützung der AfD – und die Geldgeber bleiben anonym. Solche Verhältnisse gab es bisher in Deutschland nicht. Damit dieses Beispiel nicht Schule macht, muss der Gesetzgeber hier schnell reagieren.

Aber Transparenz allein genügt nicht, um mächtige Interessengruppen in die Schranken zu weisen. Beispiel Seitenwechsel: Fast alle Spitzenpolitiker/innen und Top-Beamte aus den Ministerien, die die Seiten wechseln, heuern bei Unternehmen und ihren Verbänden an und nicht bei zivilgesellschaftlichen Organisationen wie Mehr Demokratie oder LobbyControl. Bestehende Machtungleichgewichte werden so noch verstärkt

– schließlich profitieren die Unternehmen von dem hervorragenden politischen Netzwerk und dem Insiderwissen der Ex-Politiker/innen. Daher war es für LobbyControl ein großer Erfolg, dass der Bundestag 2015 erstmalig Regeln für den Wechsel von Regierungsmitgliedern beschloss.

Was muss passieren?

Nach den anstehenden Bundestagswahlen muss sich die Politik intensiv mit der Problematik des unregulierten Lobbyismus auseinandersetzen und umfassende Antworten finden: Ein verpflichtendes Lobbyregister, eine *Legislative Fußspur*, mehr Transparenz und Spendengrenzen bei der Parteienfinanzierung,

ein Verbot von Lobbyjobs neben dem Abgeordneten-Mandat und noch viele weitere kleinere und größere Regelungen. Doch mindestens genau so wichtig ist die politische Kultur: Politiker/innen und Behörden müssen Themen wie Interessenkonflikte, Transparenz und Ausgewogenheit von sich aus in den Blick nehmen und vor allem besonders

starke, laute oder gut vernetzte Interessen nicht mit richtigen Interessen verwechseln. Nur weil ein Interesse besonders gut organisiert oder besonders gut finanziell ausgestattet vertreten wird, ist es deshalb nicht besser, richtiger oder legitimer. /

"Ein verpflichtendes Lobbyregister würde offenlegen, wer in wessen Auftrag welche Gesetze beeinflussen will. Eine "Legislative Fußspur" wiederum würde sichtbar machen, wer bei der Gesetzesformulierung Einfluss genommen hat."

MEHR INFORMATIONEN

Der aktuelle "Lobbyreport 2017" zieht eine lobbykritische Bilanz der Politik der Großen Koalition und macht detaillierte Vorschläge, die sich die nächste Regierungskoalition ins Aufgabenheft schreiben sollte.

Der Lobbyreport ist auf **www.lobbycontrol.de** kostenlos bestell- und herunterladbar.



Timo Lange

Campaigner für Lobbyregulierung bei LobbyControl. Er vertritt den Verein gegenüber Politik und Medien und leistet somit gewissermaßen ebenfalls Lobbyarbeit – für mehr Lobbykontrolle.

STARKE DEMOKRATIE DURCH STARKE KOMMUNEN

Warum ist politischer Gestaltungsspielraum für Städte und Gemeinden so wichtig?

TEXT TIM WILLY WEBER

Neulich ist meine Nachttischlampe kaputt gegangen. Zunächst musste ich zehnmal den Schalter drücken, dann zwanzigmal und schließlich ging gar nichts mehr: Wackelkontakt. Die Lampe gehörte meinen Schwiegervater, einem langjährigen Kommunalpolitiker, sie ist bestimmt über 40 Jahre alt – ich mag sie wirklich gerne.

Also beschloss ich, sie zu reparieren – wahrlich nicht meine stärkste Disziplin. Ich schraubte die Lampe auf, nahm den Druckschalter heraus, bekam einen Stromschlag, erkundigte mich, bestellte einen neuen Schalter, setzte diesen ein. Und? Die Lampe funktioniert. Ich freue mich jeden Abend, wenn ich sie anschalte.

Die eigene Wirksamkeit, sich selbst als gestaltenden Menschen zu erleben, ist eine Bedingung für Glück – das kann auch eine reparierte Nachttischlampe sein. Doch in der Politik fehlen diese Erlebnisse oder sind zu selten. Wir erleben uns nicht als Gestalter, als Teil der demokratischen Macht, sondern als Gestaltete und demokratisch ohnmächtig.

Als Kommunalpolitiker weiß ich, dass dieses Gefühl zuweilen trügt. Einige Menschen beklagen bereits dann fehlende Demokratie, wenn nicht das passiert, was sie für richtig halten. Doch als Demokratieliebhaber sehe ich auch, dass unsere jetzige Demokratie in Deutschland demokratische Erlebnisse nicht unbedingt fördert. Könnten die Menschen häufiger Demokratie erleben, ihre Vorschläge und Vorstellungen manchmal durchsetzen und manchmal nicht, dann fühlten sie sich als Teil der Demokratie, ihr zugehörig. Sie sähen viele Debatten gelassener.

"Sich selbst als gestaltenden Menschen zu erleben, ist eine Bedingung für Glück. Doch in der Politik fehlen diese Erlebnisse oder sie sind zu selten."

Starke Demokratie - starke Kommunen

Zum einem braucht es – wen wird es wundern – mehr direkte Sachentscheidungen. Und zwar sowohl auf der Kommunal-, Landes- und Bundesebene als auch auf der EU-Ebene. Zum anderen brauchen wir starke Kommunen, weil sie als unterste politische Ebene nah an den Menschen dran sind. Die Wege sind kürzer. Einzelne können leichter Einfluss nehmen, mehr

Wirkung erzielen und entwickeln dadurch mehr Vertrauen in die Entscheidungen. Damit eine lebendige Demokratie vor Ort entstehen kann, die Menschen einlädt und nicht frustriert, brauchen die Kommunen mehr Geld und mehr Kompetenzen als bisher.

Oft erwarten die Menschen von ihrer Gemeinde schnelles Handeln, wenn Probleme vor Ort sichtbar werden. Dies führt nicht zwingend zu besseren, aber häufig zu prompten Lösungen. Liegt ein ramponierter Fahrradweg an einer Kreisstraße, setzt ihn der Landkreis auf eine mehr oder weniger lange Liste instand zu setzender Fahrradwege. Eine Kommune kümmert sich in der Regel schneller. Die Antwort "Dafür sind wir nicht zuständig" ist für den Bürger und die Kommunalpolitikerin gleichermaßen unbefriedigend.

Verantwortung bekommen die Kommunen oft dann übertragen, wenn die oberen Ebenen nicht zuständig sein wollen – zum Beispiel beim Breitbandausbau. Es gibt Milliardenprogramme des Bundes, aus denen die Kommunen über Anträge und Ausschreibung das Geld bekommen – oder auch nicht. Das bringt viel bürokratischen Aufwand. Sinnvoller wäre es, wenn die Kommunen direkt mehr Geld bekämen, indem etwa



Foto: Rainer Sturm / pixelio.de

ihr Anteil an der Einkommenssteuer von 15 auf 20 Prozent erhöht wird. 1 Dann müsste der Bund gar kein Programm aufsetzen und vorschreiben, wofür das Geld ausgegeben wird, sondern die Gemeinden könnten frei entscheiden. Wo Kommunalpolitiker und Bürgerinnen schnellem Internet die höchste Priorität einräumen, dort würde es dann auch als erstes ausgebaut.

Für einen neuen Finanzausgleich!

Natürlich muss die kommunale Finanzausstattung teilweise umverteilt werden. Bereits jetzt liegt die Steuerkraft und die Investitionsquote einiger Gemeinden in Ostdeutschland und in Nordrhein-Westfalen weit unter dem Durchschnitt. Schulen und Kindergärten, Kulturangebote, Straßen und öffentliche Einrichtungen leiden darunter und damit auch die dort lebenden Menschen.

Den kommunalen Finanzausgleich regeln die Bundesländer. Er füllt die Lücke zwischen Steuerkraft und Finanzbedarf einer Kommune bis zu einem bestimmten

Wenn die oberen Ebenen Gelder automatisch an die Kommunen auszahlten, ohne dies an Förderprogramme oder sonstige politische Vorgaben zu koppeln, verfügten die Gemeinden automatisch über mehr Gestaltungsspielraum. Darüber hinaus gilt: Je mehr die Kommunen selbst entscheiden können, umso stärker

wird die Demokratie vor Ort. So könnten zum Beispiel die privilegierten Bauvorhaben wie Ställe oder Windräder gestrichen werden, damit der Rat über die Errichtung entscheiden kann.² Auch die Organisation größerer Aufgabenbereiche wie Altenpflege oder Gesundheitsdiensten wäre bei den Kommunen sinnvoll aufgehoben. /

AK KOMMUNEN/ **FÖDERALISMUS**

Der Arbeitskreis befasst sich mit Konzepten und Strategien für eine Stärkung der Kommunen. Mehr Informationen unter www.mehr-demokratie.de/ ak_ foederalismus.html



Tim Willy Weber seit 2006 stellvertretender Bürgermeister des Flecken Ottersberg, Geschäftsführer von Mehr Demokratie.

Prozentsatz. Städte und Gemeinden, die mehr Geld brauchen als sie einnehmen, bekommen dann sogenannte Schlüsselzuweisungen. Diese Form des kommunalen Finanzausgleichs setzt falsche Anreize. Denn wer Steuern oder Abgaben erhöht, bekommt weniger Geld aus den Schlüsselzuweisungen. Stattdessen sollte der Finanzausgleich anhand von Strukturdaten wie Einwohnerzahl, Arbeitslosenquote, Altersstruktur oder Geographie berechnet werden. Die Schlüsselzuweisungen wären unabhängig von der Steuerkraft und die Gemeinde könnte durch eine Steuererhöhung erzielte Mehreinnahmen zu 100 Prozent behalten. Darüber hinaus wäre ein horizontaler Ausgleich denkbar, indem reiche Kommunen ärmeren Kommunen unter die Arme greifen. Alle Kommunen müssten dann einen festen Prozentsatz ihrer Einnahmen abgeben und das Geld käme besonders benachteiligten Städten und Gemeinden zugute.

vgl. Artikel 106 Absatz 5 Grundgesetz.

² vgl. § 35 Absatz 1 Punkte 1 bis 8 Baugesetzbuch. Bei einem privilegierten Bauvorhaben kann die Gemeinde selbst nicht entscheiden, ob es errichtet wird.



Foto: kallejipp / photocase.de

MEHR WAHLRECHT AUF BUNDESEBENE

Das Wahlrecht auf Bundesebene bietet reichlich Spielraum für Verbesserungen.

TEXT DR. PAUL TIEFENBACH

Das Bundestagswahlrecht ist eine Dauerbaustelle. Daran ist Mehr Demokratie nicht ganz unschuldig. Denn gemeinsam mit den Machern von wahlrecht.de und 3.500 Bürger/innen hatte Mehr Demokratie im Jahr 2012 eine Verfassungsbeschwerde eingereicht. Sie richtete sich unter anderem gegen die Überhangmandate. 2014 gab das Bundesverfassungsgericht der Beschwerde in allen Punkten recht.

Wählerwillen abbilden I: Das schwierige Verhältnis von Erst- und Zweitstimmen

Überhangmandate sind eine Besonderheit des Zweistimmenwahlrechts, wie es bei der Bundestagswahl und vielen Landtagswahlrechten verwendet wird. Mit der ersten Stimme wählt man eine/n Direktkandidat/in im Wahlkreis. Mandate, die eine Partei auf diesem Wege gewinnt, werden auf die Zahl aller der Partei zustehenden Mandate angerechnet. Wie viele Mandate der Partei insgesamt zustehen, wird mit der Zweitstimme für jedes Bundesland getrennt bestimmt.

Das Problem tritt dann auf, wenn eine Partei in den Wahlkreisen mehr Mandate gewinnt, als ihr eigentlich nach ihrem Zweitstimmenergebnis zustehen. Dann bekommt diese Partei sogenannte Überhangmandate, damit alle direkt gewählten Abgeordneten auch einen Sitz im Parlament bekommen. Das verzerrt den Wählerwillen, der sich in den Zweitstimmen ausgedrückt hat – ein echtes Ärgernis. Außerdem vergrößert sich durch die Überhangmandate der Bundestag über die Zahl von 598 hinaus. Schon ohne Überhang sitzen im Bundestag deutlich mehr Abgeordnete als etwa im Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten, das auf 435 Mitglieder begrenzt ist.

Seit 2013 wird der verzerrende Effekt von Überhangmandaten durch zusätzliche Parlamentssitze für die anderen Parteien wieder ausgeglichen. Sie erhalten sogenannte Ausgleichsmandate, bis die Zusammensetzung des Parlaments wieder dem Wählerwillen entspricht. Der Nachteil dieser Regelung liegt auf der Hand: Nun wird der Bundestags nicht nur durch die Überhangmandate, sondern zusätzlich durch die Ausgleichsmandate ver-

größert! Bei der Wahl 2013 wuchs der Bundestag um fünf Überhangmandate und daraus resultierende 28 Ausgleichsmandate. Modellrechnungen zeigen, dass je nach Wahlergebnis 700 oder mehr Abgeordnete im nächsten Bundestag sitzen könnten.

Bundestagspräsident Norbert Lammert hatte daher im letzten Jahr vorgeschlagen, eine Obergrenze von 630 Abgeordneten

einzuführen. Überhangmandate würden ab dieser Grenze nicht mehr ausgeglichen. Mehr Demokratie unterstützt das nicht. Auch wir finden, dass eine Vergrößerung des Bundestags die Steuerzahlenden unnötig belastet und vermieden werden sollte. Allerdings nicht um den Preis einer Verfälschung des Wahlergebnisses. Und genau das wäre die Konsequenz des Lammert-Vorschlags gewesen: Parteien, die Überhangmandate erringen, wären unter Umständen überproportional im Bundestag vertreten.

Es gibt einen besseren Weg: Wenn eine Partei in einem Bundesland mehr direkt gewählte Abgeordnete in den Bundestag schickt, als ihr Listenplätze zustehen, sollte dies zuerst durch Streichen von Listenmandaten der gleichen Partei in einem anderen Bundesland ausgeglichen werden. Nur wenn das nicht möglich ist, sollte es Ausgleichsmandate geben. Im ungünstigsten Fall ist ein Landesverband einer Bundestagspartei gar nicht mehr mit eigenen Abgeordneten im Bundestag vertreten. Nichtsdestotrotz scheint uns dies das kleinere Übel zu sein. Denn die richtige Widerspiegelung des bundesweiten Wählerwillens in der Zusammensetzung des Bundestags ist so gewahrt, ohne das Parlament allzu sehr zu vergrößern.

Wählerwillen abbilden II: Mehr Chancen für Mitbestimmung

Das Bundestagswahlrecht krankt aber noch an anderer Stelle: Die Fünf-Prozent-Klausel verzerrt ebenfalls den Wählerwillen. Eine Sperrklausel muss sein. Legt man das Wahlergebnis von 2013 zugrunde, wären jetzt ohne Sperrklausel 19 verschiedene Listen im Bundestag vertreten, zu viel. Eine Absenkung auf drei Prozent halten wir aber für unproblematisch. Sie hätte bei allen bisherigen Bundestagswahlen maximal zum Einzug zweier zusätzlicher Parteien ins Parlament geführt.

Ersatzstimme

Außerdem sollte es möglich sein, statt eines Kreuzes eine Zahl auf den Stimmzettel zu setzen. Wähler/innen, die eine Kleinpartei wählen wollen, schreiben dann für ihre erste Priorität eine 1 in den Kreis neben dem Parteinamen, für ihre zweite Priorität eine 2 und so weiter. Scheitert die mit 1 gekennzeichnete Partei an der Sperrklausel, werden die betroffenen Stimmzettel noch mal ausgezählt und die Stimme wird nun der mit 2 gekennzeichneten Liste zugerechnet. Scheitert auch die, gehört die Stimme der mit 3 markierten Liste, und so weiter. Eine solche Ersatz-

stimme behält die Vorteile der Sperrklausel bei, vermeidet aber, dass Stimmen verschenkt werden.

Die Wähler/innen sollten auch mitbestimmen können, wer von der Liste ihrer Partei ein Mandat erhält. In Bayern beispielsweise stehen bei der Landtagswahl die Namen aller Kandidierenden auf dem Stimmzettel. Man kann seine Zweit-

> stimme direkt an eine ganz bestimmte Person vergeben. Ein gutes System, das auch für die Bundestagswahl übernommen werden sollte.

Proteststimme

"Eine Vergrößerung des

Bundestags würde die

Steuerzahlenden unnötig

belasten und sollte ver-

mieden werden. Aller-

dings nicht um den Preis

einer Verfälschung des

Wahlergebnisses. "

Viele Menschen sind mit den Parteien und ihrem Personalangebot gänzlich unzufrieden und wollen dies durch Abgabe einer Proteststimme ausdrücken. Auch das ist eine legitime Form der Wahlteilnahme. In Portugal und Brasilien zum Beispiel werden leer abgegebene Stimmzettel im Wahlergebnis getrennt ausge-

wiesen und nicht einfach als ungültig gewertet. Dies sollte in Deutschland auch geschehen. Denn wer extra ins Wahllokal geht, um einen leeren Stimmzettel in die Urne zu werfen, drückt damit eindeutig Protest aus.

Wählerwillen abbilden III: Mehr Menschen beteiligen!

Wir treten dafür ein, mehr Menschen das Wahlrecht für den Bundestag zu geben. Jugendliche haben heutzutage eine höhere Schulbildung und besseren Zugang zu Informationen und damit mehr politische Kenntnisse als früher. Bei den meisten Kommunalwahlen, in drei Bundesländern auch bei Landtagswahlen, dürfen daher schon 16jährige wählen. Das sollte auch bei der Bundestagswahl möglich sein. Bei Kommunalwahlen sowie bei den Wahlen für das Europaparlament sind Ausländer/innen aus Staaten der europäischen Union in Deutschland wahlberechtigt. Sie sollten auch den Bundestag mitwählen dürfen. Das gleiche Recht sollten auch Ausländer/innen aus anderen Staaten haben, wenn sie mindestens fünf Jahre legal in Deutschland leben.

AK WAHLRECHT

Der Arbeitskreis Wahlrecht befasst sich mit aktuellen und grundsätzlichen Debatten rund ums Wahlrecht. Mehr Informationen unter

www.mehr-demokratie.de/ak_wahlrecht.html



Dr. Paul Tiefenbach leitet den Arbeitskreis Wahlrecht bei Mehr Demokratie.

G20 PROTESTWELLE IN HAMBURG

Am 7. und 8. Juli treffen sich die Staats- und Regierungschef/innen der 20 wirtschaftsstärksten Länder der Erde in Hamburg. Mehr Demokratie hat sich der G20 Protestwelle angeschlossen. Dieses Bündnis ruft unter dem Motto "Eine andere Politik ist nötig!" zu einer Großdemonstration am 2. Juli in Hamburg auf. Helena Peltonen und Sarah Händel von Mehr Demokratie erläutern im Gespräch, wo die Demokratie-Probleme der G20-Treffen liegen.

FRAGEN **NEELKE WAGNER**



Warum kritisiert ihr das G20-Treffen?

G20 ist ein Elitetreffen der mächtigsten Staaten auf dem Globus. Sicher, sie repräsentieren drei Viertel des weltweiten Bruttoprodukts, aber mehr als 170 Länder sitzen dort nicht mit am Tisch. Die größten Probleme, die wir im Moment auf der Erde haben, betreffen gerade die Länder, die nicht mit am Tisch sitzen.

Was ich besonders prekär finde: Der G20-Gipfel gilt als informelles Treffen, wo man sich unverbindlich abspricht. Aber einige G20-Länder sitzen auch in anderen wichtigen globalen Gremien wie dem IWF-Vorstand oder bei den Entwicklungsbanken im Vorstand. Das heißt, was auf dem G20-Gipfel besprochen wird, kann dann über andere Gremien in handfeste Politik umgewandelt werden, der andere Staaten dann folgen müssen.

Das gilt besonders auch für die WTO und die Handelspolitik, die dort gemacht wird. Die wird auch keinen demokratischen Maßstäben gerecht.

Die Strukturen, in denen heute globale Politik gemacht wird, sind sehr schwer kontrollierbar. Das System ist fast vollständig von den Exekutiven bestimmt und arbeitet oft jenseits von "checks and balances", also der gegenseitigen Kontrolle und dem Ausgleich zwischen den verschiedenen Gewalten. Entscheidungen werden auf nicht nachvollziehbaren Wegen getroffen. Es gibt kaum Möglichkeiten, wie man aus der Zivilgesellschaft heraus irgendeinen Einfluss nehmen kann.

Viele der G2O-Staaten gehören zu denjenigen, die besonders intensiv bilaterale Handels- und Investitionsverträge vorantreiben. Diese Verträge – beispielsweise CETA und TTIP – schränken die demokratische Entwicklung ein, statt sie zu befördern.

Der Trick bei diesen Handelsabkommen – auch denen der WTO – liegt darin, dass sie außerhalb der UN stattfinden. All die wichtigen und guten UN-Abkommen wie die Grundrechtecharta, die Arbeitsrichtlinien oder auch aktuell die Agenda 2030 oder das Pariser Klima-Übereinkommen sind in diesen



Testlauf für den 2. Juli: Bootsdemo auf der Binnenalster in Hamburg. Foto: G20 Protestwelle

Handelsverträgen nur schmückendes Beiwerk. Sie zieren die Präambel, aber sobald es um durchsetzbares Recht geht, spielen sie keine Rolle mehr. Sie werden nicht rechtsverbindlich eingebaut in die Verträge.

Die Langzeitwirkungen solcher einseitiger Handelsverträge auf die gesamte Gesellschaft werden überhaupt nicht überprüft. Kohärente Politik sieht anders aus. Kohärenz nennt man den Anspruch, alle Politikziele zusammen zu denken, damit politische Weichenstellungen in dem einen Feld nicht Erfolge im anderen Feld zunichte machen. Doch statt sich die Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Politikfeldern bewusst zu machen, setzen die G20 dann doch wieder einseitig Wirtschaftsthemen um. Das legt die Schlussfolgerung nahe, dass die schönen Worte zu Demokratie, zu Arbeitnehmerrechten oder Umweltschutz dann doch wieder nur Lippenbekenntnisse sind.

Eigentlich gibt es schon eine Institution im Rahmen der UN, die genau dies leisten sollte: die UNCTAD. Doch haben die westlichen Industriestaaten die Rechte der UNCTAD systema-

tisch beschnitten und stattdessen haben sie – außerhalb der UN – die WTO ins Leben gerufen. Das ist weder organisch so gewachsen noch hat es sich zufällig ergeben, sondern die mächtigen, wirtschaftsstarken Länder haben das bewusst so durchgesetzt.

Genau! Und so ging es dann weiter, als sie mit ihrer einseitigen Wirtschaftsagenda auch im Rahmen der WTO nicht mehr vorangekommen sind. Diese Agenda produziert Gewinner und Verlierer in einem Ausmaß, dass einige Entwicklungsund Schwellenländer nicht länger mitziehen wollten. Und da haben die großen Wirtschaftsmächte gesagt: OK, wenn wir auf demokratischem Wege nicht mehr vorankommen, verfolgen wir unsere Ziele eben in anderen Gremien. Also hat man angefangen, bi- und multilaterale Abkommen wie CETA und TTIP zu starten.

Den G20 geht es nicht um eine demokratische Weltpolitik, sondern darum, ihre Vorstellungen gegen alle Widerstände durchzusetzen. Inzwischen wehren sich nicht mehr nur die ärmeren Länder gegen diese einseitige Wirtschaftspolitik, sondern auch die Bürger/innen in den G20-Staaten selbst – und da •



FÜR KURZENTSCHLOSSENE: AM 2. JULI NACH HAMBURG!

Gemeinsam mit BUND, Campact, DGB Nord, Greenpeace und vielen weiteren Organisationen organisiert Mehr Demokratie eine Großdemonstration anlässlich des G20-Gipfels in Hamburg.

Wenige Tage vor dem Gipfel werden am 2. Juli in der Hansestadt zehntausende Menschen zu einer "G20 Protestwelle" unter dem Motto "Eine andere Politik ist nötig" zusammenkommen. Sie beginnt um 11 Uhr auf dem Rathausmarkt.

Wir wollen mit möglichst vielen Menschen am 2. Juli in Hamburg sein und als deutlich sichtbare Mehr Demokratie-Gruppe im Demo-Zug mitlaufen. Für mehr Informationen:

www.mehr-demokratie.de/g20-protestwelle.html

ist Deutschland ganz vorne mit dabei. Zum Beispiel beim Protest gegen TTIP und CETA. Immer mehr Menschen halten die weltweiten Konsequenzen dieser Politik nicht mehr für tragbar. Zugleich sehen sie keine Möglichkeit, einzuwirken auf diese Agenda, sie in irgendeiner Weise zu beeinflussen oder auch nur ins Wackeln zu bringen. Und das befeuert den aktuellen Politikfrust ganz gewaltig, was den Rechtspopulisten sehr viel nutzt.

Was muss sich ändern?

Was mich nach wie vor verblüfft, ist die Idee, dass man sich ausschließlich um die Wirtschaft kümmern müsse und die anderen Faktoren wie Demokratisierung oder Schutz der Lebensgrundlagen würden dann schon irgendwie nachziehen, als bräuchten wir nur überall gute Investitionsbedingungen und dann hätten wir ein friedliches internationales System. Das geht völlig an dem vorbei, was nötig ist! Die Demokratie als der größte Stabilisator, als der beste Garant für Frieden und faire Lösungen, wird als nettes Nebenthema abgehandelt.

Das sehe ich ähnlich. Allerdings sehe ich mit Sorge, dass wir – also die westlichen Demokratien – immer wieder darauf beharren, allein unsere Art der Demokratie sei die richtige. Anderen unser System überzustülpen ist nicht der richtige Weg, die Demokratie muss schon von den Bürger/innen selbst kommen – sonst ist es keine Demokratie. Die Forderung an die G20 und an alle Länder weltweit muss daher lauten: Hört auf eure Bürger/innen! Beteiligt sie und gebt ihnen eine Stimme!

Wie würde denn eine demokratische Variante der G20 aussehen?

An dieser Stelle möchte ich eine kleine Lanze für die deutsche Präsidentschaft brechen. In diesem Jahr wird die Zivilgesellschaft stärker beteiligt als jemals zuvor. Was das nachher in den Kamingesprächen der Regierungschefs für eine Rolle spielen wird, dahinter bleibt natürlich ein großes Fragezeichen. Aber zumindest belegt Deutschland mit seiner Präsidentschaft,

dass man die Zivilgesellschaft einbeziehen kann, dass das auch organisatorisch möglich ist.

Für mich ist das eine grundsätzliche Frage: Sollen wir an Strukturen, die von Grund auf undemokratisch entstanden sind, herumbasteln und in kleinen Schritten mühsame Verbesserungen durchsetzen? Oder sollten wir nicht darauf bestehen, dass die internationalen Gremien, die es schon gibt – die UN, die WTO – wieder in den Mittelpunkt rücken? Ich wünsche mir, dass auch die G20-Staaten sich wieder auf diese Foren konzentrieren und dort die wichtigen politischen Entscheidungen gemeinsam mit anderen treffen und das nicht in Behelfsgremien wie die G20 auslagern.

Dass man sich mal miteinander unterhält, dagegen kann niemand etwas haben. Aber wenn sich solche Treffen zu einer Alternativstruktur zu den UN und ihren Gremien entwickeln, dann wäre das völlig verkehrt. Wir haben die Agenda 2030, die alle Länder der Erde unterzeichnet haben. Sie enthält sehr wichtige Verabredungen wie Rechtsstaatlichkeit auf nationaler wie internationaler Ebene, wie Transparenz und Rechenschaftspflicht auf allen politischen Ebenen, darin stehen Ziele wie Inklusion, Partizipation der Bürger/innen an politischen Entscheidungen. Allein die Umsetzung dessen ist global gesehen eine große Herausforderung. Daran gezielt anzufangen zu arbeiten, das wäre doch mal was!/



Helena Peltonen
Mitglied im Landesvorstand Hamburg
von Mehr Demokratie.



Sarah Händel Mitglied im Bundesvorstand von Mehr Demokratie.

DEMOKRATISCHES LEBEN IN DER EU

Ein Gerichtsurteil stärkt der Europäischen Bürgerinitiative EBI den Rücken, doch für echte Mitsprache der Bürger/innen sind Reformen nötig.

TEXT **NEELKE WAGNER**

Jetzt ist es amtlich: Die EU-Kommission hätte die EBI Stop TTIP nicht ablehnen dürfen. Das Gericht der Europäischen Union gab der Klage des Bündnisses in allen Punkten recht. Damit stellte es ganz grundsätzlich klar, dass Europäische Bürgerinitiativen sich auf alle Rechtsakte beziehen dürfen, die die Ordnung der EU verändern - und zwar dürfen sie solche Rechtsakte sowohl anregen, als auch verhindern. Damit schmetterte das Gericht das erste Argument der EU-Kommission ab. Die hatte behauptet, die Bürger/innen könnten per EBI zwar neue Ideen vorschlagen, aber keine Pläne der EU-Kommission verhindern. Und es bekräftigte die Überzeugung der Kläger/innen, dass eine EBI sehr wohl laufende Verhandlungen über internationale Verträge betreffen darf. "Die geplante Bürgerinitiative stellt keine unzulässige Einmischung in den Gang des Gesetzgebungsverfahrens dar, sondern löst zur rechten Zeit eine legitime demokratische Debatte aus", urteilte das Gericht am 10. Mai.

Ist die EBI ein Demokratie-Motor?

Besonders erfreulich liest sich die Begründung des Gerichts, weil es sich auf den Grundsatz der Demokratie bezieht. Damit stärkt sie die Bedeutung der EBI. Diese solle die Mitwirkung der EU-Bürger/innen am demokratischen Leben der EU stärken; ihr Ziel sei es, die demokratische Funktionsweise der EU zu verbessern, betont das Gericht. In dieser Funktion muss sie von der EU-Kommission nun ernster genommen werden als zuvor. Am grundsätzlichen Dilemma der EBI ändert dies jedoch wenig. Einerseits erfordert eine EBI einen enormen Kraftaufwand, um EUweit innerhalb eines Jahres eine Million Unterschriften zu sammeln, andererseits bleibt sie rechtlich unverbindlich, weil sie die Kommission lediglich zwingt, sich ihre Vorschläge anzuhören - was die dann beschließt, ist deren Sache.

Dazu kommt: Für die EBI *Stop TTIP* kommt die Entscheidung viel zu spät. Zukünftig braucht es kürzere Fristen, damit Initiativen nicht ins Leere laufen.

Die Gelegenheit zu dieser und weiteren Neuregelungen könnte sich schon bald bieten. Der Vize-Präsident der EU-Kommission Frans Timmermans hat im April angekündigt, die EBI zu einem "bürgerfreundlichen und lebendigen Instrument" umzugestalten. Inzwischen hat die Kommission eine öffentliche Konsultation eingeleitet, "um Meinungen zur Überarbeitung der Verordnung über die Europäische Bürgerinitiative einzuholen". Jede/r kann bis zum 16. August daran teilnehmen (siehe Kasten).

Außerdem deutet sich eine Chance für weitergehende Reformen der EU-Verträge an, nachdem die EU-Kommission im Februar ein Weißbuch vorgelegt hatte, das mehrere Varianten einer Weiterentwicklung der EU vorschlägt. Auch der Brexit wird Änderungen der EU-Verträge nötig machen. Der Arbeitskreis Europa von Mehr Demokratie hat dazu bereits Vorschläge erarbeitet (siehe mdmagazin Nr. 110) und wird die Diskussion aufmerksam begleiten.

MEHR INFORMATIONEN

Demokratisierung der Europäischen Union

Das Positionspapier des AK Europa zur Reform der EU finden Sie unter www.mehr-demokratie.de/fileadmin/pdf/ Positionen11_Europa_neu_denken_und_gestalten.pdf

Ihre Meinung zur EBI-Reform

Bis zum 16. August 2017 können Sie der EU-Kommission Vorschläge unter http://ec.europa.eu/info/content/public-consultation-european-citizens-initiative_de für eine Reform der EBI unterbreiten. Bei Fragen kontaktieren Sie Nicola Quarz unter nicola.quarz@mehr-demokratie.de!



Neelke Wagner Politikwissenschaftlerin, Leiterin Publikationen bei Mehr Demokratie.

MACHT SCHLESWIG-HOLSTEIN SCHLUSS MIT CETA?

Damit das Handelsabkommen der EU mit Kanada endgültig in Kraft tritt, braucht es die Zustimmung der EU-Mitgliedsstaaten. In Deutschland entscheiden Bundestag und Bundesrat darüber. Wie stehen die Chancen, dass der Bundesrat CETA stoppt?

TEXT **NEELKE WAGNER**

Aktive der Volksinitiative "SH stoppt CETA" übergeben die gesammelten Unterschriften. Foto: Pay Numrich



Mehr Demokratie hat gleich mehrere Initiativen gestartet, um sicherzustellen, dass CETA spätestens im Bundesrat scheitert. Die bislang erfolgreichste davon kommt aus dem nördlichsten Bundesland: Am 16. Mai hat die Volksinitiative gegen CETA in Schleswig-Holstein 25.612 Unterschriften an den

Landtag in Kiel übergeben. Die Vizepräsidentin des Landtags, Marlies Fritzen, nahm die Unterschriften entgegen. 20.000 gültige Unterschriften sind nötig, damit der Landtag sich mit der Initiative befasst. Lehnt er sie ab, kann ein Volksbegehren starten.

Wie sieht es in den anderen Bundesländern aus?

Seit dem letzten **md**magazin, in dem wir noch zwölf Enthaltungen im Bundesrat prognostizieren konnten, haben die Wahlen im Saarland, in Nordrhein-Westfalen und in Schleswig-Holstein das Bild stark verändert. Zu den bisher 16 Stimmen, auf die CETA aufgrund großer Koalitionen sicher zählen kann,

könnten nun noch sechs Stimmen einer nordrhein-westfälischen CDU-FDP-Regierung kommen.

Vor diesem Hintergrund hat sich das von Mehr Demokratie mitgetragene Bündnis NRW gegen CETA und TTIP entschieden, die gleichnamige Volksinitiative nicht weiter zu führen. "Angesichts der neuen Mehrheitsverhältnisse im Landtag ist das Ergebnis der Landtagsdebatte leider geradezu vorprogrammiert", begründet Mitorganisator Alexander Trennheuser die Entscheidung. Anders als in Schleswig-Holstein kann eine nordrheinwestfälische Volksinitiative nur eine Landtagsabstimmung erreichen, aber kein Volksbegehren anstoßen. Das Bündnis sieht deshalb den noch zu leistenden Aufwand und den politischen Ertrag der Volksinitiative in keinem sinnvollen Verhältnis mehr.

Damit wird es knapp für die Ablehnung des Handelsvertrages im Bundesrat. Falls Bündnis 90/Die Grünen in Baden-Württemberg und Hamburg umkippen, heißt es auch aus diesen Ländern "Ja" zu CETA. Damit hätte der demokratiegefährdende Handelsvertrag insgesamt 31 von den erforderlichen 35 Stimmen in

der Länderkammer.

Dann käme es ganz auf die

"Diese Volksinitiative steht auf den Schultern von hunderten mutigen Menschen. Mit unermüdlichem Einsatz haben viele Unterstützer/innen Unterschriften gesammelt, Plakate aufgehängt und Protestaktionen organisiert. Gemeinsam haben wir hunderttausende Menschen in ganz Schleswig-Holstein wachgerüttelt. Wir sind nun sehr gespannt auf die Reaktion des Landtags."

KATHARINA NOCUN KOORDINATORIN VON "SH STOPPT CETA"

Stimmen aus dem Norden an. Dort war zu Redaktionsschluss noch offen, was für eine Koalition sich zusammenfinden wird und ob sie die Volksinitiative dann übernimmt oder ablehnt. In jedem Fall geht das Bündnis Schleswig-Holstein stoppt CETA davon aus, mit einem Volksbegehren weiter zu machen. Schleswig-Holstein gehört zu den wenigen Bundesländern, in denen auch Volksbegehren zu allgemeinen Themen der politischen Willensbildung möglich sind. Wenn die Bürger/innen in der Abstimmung Nein zu CETA sagen, wäre die Landesregierung politisch, nicht rechtlich, daran gebun-

den, im Bundesrat gegen CETA zu stimmen. Daran könnte der ganze CETA-Vertrag scheitern. Innerhalb eines halben Jahres müssen 80.000 Bürger/innen unterschreiben, damit es zum Volksentscheid kommt. /



Neelke WagnerPolitikwissenschaftlerin, Leiterin
Publikationen bei Mehr Demokratie.

LÄNDERTELEGRAMM

mit Terminen vor Ort

Baden-Württemberg

Die gut besuchte Landesversammlung am 22. April in Stuttgart hat einen neuen fünfköpfigen Landesvorstand gewählt und diesen sogleich beauftragt, einen Volksantrag zu Bürgerentscheiden auf Landkreisebene zu starten, sobald der Zeitpunkt politisch günstig ist. Seit 2016 können die Baden-Württemberger/innen ihrem Landtag per Volksantrag ein Anliegen zur Entscheidung vorlegen.

Weitere Projekte des Landesverbands: Verbesserungen des Landtagswahlrechts und des unzureichenden Informationsfreiheitsgesetzes. Mehr Demokratie prüft derzeit die Optionen.

Bayern

Der Landesverband Bayern koordiniert und leitet die Wahlkreisaktionen im Rahmen der Bundeskampagne von Mehr Demokratie. Diese startet am 10. Juni mit einer bundesweiten Aktionswoche und soll in den wichtigsten Wahlkreisen auf die direkte Demokratie aufmerksam machen. Dafür konnte mit Anne Ohnesorge eine neue Mitarbeiterin gewonnen werden.

TIPP Die Aktivengruppen des Vereins freuen sich über Mitstreiter/innen! Interessierte können sich unter bayern@mehr-demokratie.de melden.

Berlin

Die Berliner/innen entscheiden am 24. September über den Weiterbetrieb des Flughafens Tegel. Weil die Abstimmung zeitgleich mit der Bundestagswahl abgehalten wird, erhöhen sich die Chancen, dass das Zustimmungsquorum von 25 Prozent erreicht wird. Sollte der Volksentscheid erfolgreich sein, ist eine Umsetzung der Forderungen dennoch unsicher, weil nicht über einen verbindlichen Gesetzestext abgestimmt wird. Zudem darf das Land Brandenburg über die Zukunft des Flughafens mitentscheiden.

Der Berliner Senat hält das Volksbegehren "Volksentscheid retten!" für unzulässig, da das darin geforderte fakultative Referendum nicht mit dem Grundgesetz vereinbar sei. Die Initiative diskutiert derzeit, ob der Gesetzesentwurf nachgebessert werden oder das Verfassungsgericht über die Zulässigkeit des Volksbegehrens entscheiden soll.

Bremen

In Bremen findet am 24. September ein Volksentscheid statt! Das hat die Bürgerschaft (Landtag) im Mai einstimmig beschlossen. Die Bremer/innen entscheiden dann zeitgleich mit der Bundestagswahl darüber, ob die Abgeordneten zukünftig nur noch alle fünf statt alle vier Jahre gewählt werden. Der letzte Volksentscheid in Bremen fand 1994 statt.

Mehr Demokratie e.V. lehnt eine Verlängerung der Wahlperiode ab, weil dies die demokratischen Kontrollmöglichkeiten der Bürger/innen beschneidet und ihre Mitbestimmungsmöglichkeiten verringert. Das Parlament ist das zentrale und einzige regelmäßig direkt gewählte

Organ in unserer Demokratie. Wenn diese Wahl seltener stattfindet, bedeutet das unterm Strich einen Demokratieabbau. Die Arbeitsfähigkeit der Bürgerschaft ist auch sichergestellt, wenn alle vier Jahre gewählt wird. Zwar wurde die direkte Demokratie in den letzten Jahren vereinfacht, aber sie wird selten genutzt. Als Argument für die Verlängerung der Wahlperiode taugt sie nicht.

TIPP Mehr Argumente und Hintergrundinformationen finden Sie unter bremen-nds.mehr-demokratie.de/ hb-paper-wahlperiode.html

Hamburg

Der Landesverband hat acht Leute in den Vorstand gewählt. Warum so viele? "Vor uns liegt jede Menge Arbeit", erläuterten alte und neue Vorstände unisono. "Nach der Niederlage vor dem Hamburgischen Verfassungsgericht im letzten Jahr geben wir natürlich nicht einfach auf. Ein Kernthema bleibt für uns die Struktur Hamburgs, das sowohl Bundesland als auch Kommune ist. Wir wollen nach wie vor, dass die im Grundgesetz verankerte kommunale Selbstverwaltung auch für Hamburgs Bezirke gilt, da sie heute kaum eigene Entscheidungsbefugnisse haben." Ein wichtiger Arbeitsbereich bleibt der Umgang von Politik und Verwaltung mit Bürgerbegehren und -entscheiden. Zahlreiche Initiativen klagen über Tricksereien. Diesen Vorwürfen geht der Landesverband jetzt gezielt nach.

Hessen

Zur geplanten Verfassungsänderung fand eine Expertenanhörung im Landtag statt, in der Mehr Demokratie seine Forderung nach fairen Volksbegehren bekräftigte – ebenso wie auf den Landesparteitagen von SPD und CDU. Außerdem organisierte der Landesverband Ende April eine Informations- und Diskussionsveranstaltung in Michelstadt.

Mecklenburg-Vorpommern

Auf der Mitgliederversammlung des Landesverbandes in Schwerin am 29. April wurden unter anderem alle sechs Vorstandsmitglieder im Amt bestätigt.

Niedersachsen

In Niedersachsen hat die Landesregierung 150 (!) Verbände zum Informationszugangsgesetz (Transparenzgesetz) angehört, aber dann einen nur leicht überarbeiteten Entwurf beschlossen. Mehr Demokratie hält ihn für eine Mogelpackung. Er bräuchte sehr viele Änderungen, bis er dem Namen Informationszugangsgesetz gerecht würde. Bislang enthält er zu viele Ausnahmen und zu hohe Gebühren für Informationsanfragen. Die Schaffung eines Transparenzregisters nach Hamburger Vorbild wird auf unbestimmte Zeit verschoben. In einem Bündnis mit Transparency Deutschland, Netzwerk Recherche, Open Knowledge Foundation, Deutschem Journalisten-Verband und der Deutschen Gesellschaft für Informationsfreiheit setzt sich der Landesverband für eine deutliche Verbesserung des Gesetzentwurfes ein.

Nordrhein-Westfalen

Die vergangenen fünf Jahre waren für die Demokratie in Nordrhein-Westfalen verlorene Jahre, bilanziert der dortige Landesverband von Mehr Demokratie. Weder wurden die hohen Hürden für landesweite Volksbegehren gesenkt, noch das von SPD und Bündnis 90/Die Grünen vereinbarte Transparenzgesetz verabschiedet. Auch beim Wahlalter bleibt alles beim Alten. Stattdessen wurde eine verfassungswidrige Sperrklausel für Kommunalwahlen beschlossen.

Zur Landtagswahl am 14. Mai vermittelte Mehr Demokratie mehr als 1.500 Wahlhelfer/innen an Städte und Gemeinden – ein neuer Rekord!

Städte informieren schlecht über Volksbegehren: Dies ergab eine Studie von Mehr Demokratie. Sie untersuchte, wie die Städte die Eintragungsmöglichkeiten für das laufende Volksbegehren *G9 jetzt in NRW* auf ihren Webseiten bewerben. *G9 jetzt in NRW* ist das erste landesweite Volksbegehren seit rund 39 Jahren.

Rheinland-Pfalz

Im Rahmen der Kampagne Reform der Landesverfassung ist Chefinnensache! führt der Landesvorstand in diesem Jahr Gespräche mit den Landtagsfraktionen, deren Stimmen für eine Zweidrittelmehrheit gebraucht werden. Zur Erinnerung: In Rheinland-Pfalz stehen die Hürden für ein Volksbegehren in der Landesverfassung. Sie sind doppelt so hoch wie der Stimmenanteil, den eine Partei benötigt, um in den Landtag einzuziehen. An dieser Hürde krankt das gesamte System der direkten Demokratie auf Landesebene.

Saarland

Die Koalitionsvereinbarungen bieten keinen Anhaltspunkt dafür, dass die große Koalition die traditionsreiche rote Laterne im Länderranking für direktdemokratische Verfahren abgeben will. Der Landesverband führt nun Gespräche mit den im Landtag vertretenen Parteien zur Verbesserung der Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene.

Die Initiative *G9 – Jetzt! Saarland*, initiiert und entscheidend getragen von Katja Oltmanns und Guido Jost (beide im Mehr Demokratie-Landesvorstand), hat die erste Hürde der Volksinitiative genommen und 5.000 Unterstützungsunterschriften dem Ministerium für Inneres und Sport übergeben. Falls – wie erwartet – das Volksbegehren für zulässig erklärt wird, wäre dies nach dem (gescheiterten) Begehren zu den Dispozinsen der Sparkassen das zweite Volksbegehren in der 60jährigen Geschichte des Saarlandes.

Sachsen-Anhalt

Im März hat eine Enquete-Kommission "Stärkung der Demokratie" des sachsenanhaltinischen Landtages ihre Arbeit aufgenommen. Sie will bis Ende 2017 konkrete Vorschläge zur Weiterentwicklung der Demokratie im Bundesland dem Landtag zur Beschlussfassung vorlegen. Der Landesverband von Mehr Demokratie begleitet die Arbeit der Kommission und hat ihren Mitgliedern und allen neu gewählten Landtagsabgeordneten, seine Vorschläge unterbreitet.

Bei der Landeszentrale für politische Bildung war am 12. April in Magdeburg Ralf-Uwe Beck bei einer Veranstaltung zum Thema "Mehr Demokratie wagen ... aber wie?" zu Gast. /

Termine vor Ort

Bremen/Niedersachsen

Das nächste Landestreffen findet am Samstag, den 4. November in Bremen statt, voraussichtlich im Kulturhaus Walle Brodelpott.

TIPP In Bremen treffen sich die Aktiven regelmäßig in gemütlicher Runde, Neue sind sehr willkommen! Die Termine erfahren Sie im Bremer Büro oder unter https://bremen-nds.mehr-demokratie.de/ bremergruppe.html

Hamburg

Der Landesverband wird im November 20 Jahre alt. Die Vorbereitungen für die Feier sind angelaufen!

Saarland

Auf Anfrage der Landesarbeitsgemeinschaft "Pro Ehrenamt" bietet Mehr Demokratie am 28. August 2017 einen Workshop zur direkten Demokratie an.

TIPP Aktuelle Informationen aus den Landesverbänden finden Sie auch auf deren Internetseiten.

DER STIFTUNGSBEIRAT STELLT SICH VOR

Arne Pautsch wurde neu in den Beirat der Mehr Demokratie-Stiftung gewählt.

TEXT KATRIN TOBER

Die Bundesmitgliederversammlung hat im Mai 2017 Claudine Nierth aus dem Bundesvorstand sowie Andreas Häußler aus den Reihen der Gründungsstifter/innen in den Stiftungsbeirat gewählt. Als Kuratoriumsvertreter wurde Prof. Dr. Arne Pautsch neu gewählt. Er löst damit Dr. Adrian Reinert ab, dem wir an dieser Stelle ganz herzlich danken für seine Mitarbeit in der Anfangszeit des Stiftungsfonds. Hier möchten wir Ihnen die drei Menschen aus dem Beirat kurz vorstellen.

Claudine Nierth



Claudine Nierth ist seit 1986 für die Einführung bundesweiter Volksabstimmungen aktiv. Seit ihrem Kunststudium und mehrjähriger Bühnentätigkeit liegt ihr Schwerpunkt in der künstlerischen Gestaltung sozialer

Prozesse. Seit 1998 ist Claudine Nierth Sprecherin des Bundesvorstands von Mehr Demokratie. Sie wurde am 14. November 2015 zur Vorsitzenden des Stiftungsfonds gewählt.

Andreas Häußler



Andreas Häußler hat gemeinsam mit drei anderen Menschen den Mehr Demokratie-Stiftungsfonds gegründet. Seit 1999 ist er Mitglied bei Mehr Demokratie. Andreas Häußler lebt und arbeitet in Augsburg. Er

wurde am 14. November 2015 zum stellvertretenden Vorsitzenden des Stiftungsfonds gewählt.

Prof. Dr. Arne Pautsch



Prof. Dr. Arne Pautsch wurde von der Bundesmitgliederversammlung im Mai 2017 neu in den Stiftungsbeirat gewählt. Der Professor für Öffentliches Recht und Kommunalwissenschaften an der Hochschule

Ludwigsburg und Direktor des dortigen Instituts für Bürgerbeteiligung und Direkte Demokratie ist Mitglied im Kuratorium von Mehr Demokratie.

Vermögen

Im letzten Jahr konnte die Dachstiftung der GLS Treuhand einen Zinssatz von 3,2 Prozent erzielen. Das ergibt einen Zinsertrag in Höhe von 7.275 Euro. Der Stiftungsbeirat hat in seiner letzten Sitzung (November 2016) beschlossen, dass die Erträge in die Bundeskampagne von Mehr Demokratie fließen sollen. Desweiteren wurde eine zweckgebunde Zustiftung in Höhe von 33.500 Euro zur Finanzierung einer Stelle für das Jahr 2017 verwendet. Nach Abzug dieser Summen beträgt das Vermögen im Stiftungsfonds 340.929 Euro (Stand: Juni 2017). /

STIFTEN UND VERERBEN

Kontakt

Mehr Demokratie e. V. Katrin Toher Tel.: 0421-79 46 370 katrin.toher@ mehr-demokratie.de

GLS Treuhand Christiane Altenkamp Tel.: 0234-579 753 51 christiane.altenkamp@ gls-treuhand.de

Mehr Informationen

www.mehr-demokratie.de/stiftungsfonds.html

KONTOVERBINDUNG DES STIFTUNGSFONDS FÜR WEITERE ZUSTIFTUNGEN UND SPENDEN

Kontoinhaber: Dachstiftung für individuelles Schenken

Kontoverbindung:

IBAN: DE54 4306 0967 0103 7008 00

BIC: GENODEM1GLS bei der GLS Gemeinschaftsbank eG in Bochum

Verwendungszweck:

Stiftungsfonds MEHR DEMOKRATIE-Stiftung





Gebhard Kirchgässner lebt nicht mehr. Der Schweizer Volkswirtschafts- und Sozialwissenschaftler wurde 68 Jahre alt. Seiner Familie und seinem Freundeskreis gilt unser Mitgefühl.

Der gebürtige Konstanzer promovierte 1976 bei Bruno Frey in Soziologie. Als Forscher genoss er große Anerkennung im In- und Ausland. Die Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Universität Fribourg verlieh ihm 2011 die Ehrendoktorwürde. Unentwegt verknüpfte Prof. Dr. Dr. h.c. Gebhard Kirchgässner die Disziplinen: die Volkswirtschaftslehre mit den Sozialwissenschaften, die Ethik mit den politischen Wissenschaften. Die Fächergrenzen scheinen ihn eher angespornt als eingezäunt zu haben. Er lehrte in Konstanz, Zürich, Osnabrück und Sankt Gallen. Viele seiner Doktorand/innen beraten heute selbst erfolgreich Regierungen, offizielle Institutionen und NGOs – so wie er es tat.

Die Schweizerische Gesellschaft für Volkswirtschaft und Statistik trauert um ihn als ihren Präsidenten, ebenso die European Public Choice Society. Zudem war er Vertrauensperson der Ethikkommission des schweizerischen "Vereins für Socialpolitik" und Mitglied der Sektion Ökonomik und Sozialwissenschaften der Leopoldina (Deutsche Akademie der Naturforscher).

Der Verstorbene war 2006 zu Mehr Demokratie gestoßen. Wieder und wieder hätte die Demokratie in die Unterüberschrift seiner Artikel, Gutachten, Kongressbeiträge und Bücher gepasst – oft genug stand sie ohnehin in der Hauptüberschrift. Mit ihm verliert Mehr Demokratie ein langjähriges Kuratoriumsmitglied und einen kompetenten Berater. Die direkte Demokratie hat einen differenzierten und ausdauernden Befürworter verloren, einen erfrischenden Mitdenker, einen unermüdlichen Publizisten. Seine Impulse und Ideen aber, seine Werke und Anstöße, die bestehen weiter.



Prof. Dr. Franz Thedieck

Wir trauern um unser Kuratoriumsmitglied, Franz Thedieck. 1947 in Wittenberg geboren, studierte er Rechts- und Sozialwissenschaften an der Universität Münster, wo er 1977 promoviert wurde. Er war als Wissenschaftler und Berater, auch international in Peru und Bolivien, tätig. Er forschte und lehrte an der Fachhochschule Kehl, wo er Roland Geitmann kennen lernte. Dieser schlug ihn für das Kuratorium von Mehr Demokratie vor, dem er fast zehn Jahre angehörte.

Ich lernte Prof. Dr. Franz Thedieck als unkonventionellen Denker kennen, der sich schon vor Jahren mit dem Losverfahren als Alternative zu Wahlen auseinander setzte. Auch dezentrale Entscheidungsstrukturen waren ein Thema seiner Forschung. Diesen Fragen widmet sich Mehr Demokratie e.V. seit etwa drei Jahren. Franz Thedieck war wissenschaftlicher Dünkel fremd, für ihn stand der Mensch im Mittelpunkt der Demokratie. In einem Zitat von ihm kommt dies besonders schön zum Ausdruck:

"Demokratie ist ein elementarer Ausdruck der menschlichen Würde. Wenn Kant als Grund für die individuelle Menschenwürde die Autonomie bezeichnet, so stellt dies die Demokratie für die kollektive Würde dar. Ohne die Möglichkeit, die politische und gesellschaftliche Wirklichkeit mitgestalten zu können, verliert das menschliche Leben seine Würde und seinen Sinn. In anderer Ableitung betrachte ich Demokratie als ästhetisches Gestaltungselement der Gesellschaft im Sinne von Joseph Beuys. Ihm folgend kann Demokratie als ein Kunstwerk betrachtet werden, zu dessen Gelingen vor allem individuelle Spiritualität, Offenheit, Kreativität und Phantasie notwendig sind. Direkte Demokratie ist das wesentliche Mittel, um diesen Prozess menschlicher Selbstbestimmung zu fördern; daneben leisten auch andere Elemente – wie ein "offenes" Wahlrecht – hierzu einen Beitrag."/



Andreas Häußler Mitglied im Stiftungsbeirat von Mehr Demokratie.



Tim Willy Weber Geschäftsführer des Bundesverbands von Mehr Demokratie.

MILLIONENFACHES NEIN VERDIENT RESPEKT

Ein knappe Mehrheit der türkischen Bürger/innen stimmte für die Verfassungsänderungen, die ihrem Präsidenten eine große Machtfülle verschaffen.

TEXT ANSELM RENN

Das Verfassungsreferendum in der Türkei ging mit 51,4 Prozent zu 48,6 Prozent denkbar knapp aus. Doch reicht dieses Ergebnis aus, um die türkische Verfassung umzubauen. Die türkische Republik bekommt ein autokratisches Gesicht.

Im Vorfeld des Referendums hatte Mehr Demokratie eine Initiative gegen die Verfassungsreform gestartet, um sich mit den Menschen in der Türkei solidarisch zu zeigen, die eine offene Diskussion suchen und sich auch unter schwierigen Bedingungen für Toleranz, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie einsetzen. Neben Politikgrößen wie der Bundestagsabgeordneten Sevim Dağdelen (Die LINKE) und dem Bundesvorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen, Cem Özdemir, beteiligten sich mehr als 16.000 Menschen an der Solidaritätsaktion. Kurz vor dem Abstimmungstag schrieb das Bündnis mit tausenden Blüten und hunderten Blumentöpfen das Wort "Demokratie" vor die Türkische Botschaft in Berlin. Denn aus unserer Sicht greifen die Verfassungsänderungen den demokratischen Wesenskern der türkischen Verfassung an.

Verfassungsänderung ist nicht gleich Verfassungsänderung

Wie eine Sprache eine Grammatik benötigt, braucht – frei nach Thomas Paine – auch die politische Freiheit Regeln, die sie ermöglichen und sichern. Diese demokratischen Basisregeln haben fast alle Demokratien, die seit der Französischen Revolution entstanden sind, in einer Verfassung schriftlich niedergelegt. Zwar folgt eine Verfassung im Laufe der Zeit dem gesellschaftlichen Wandel und wird immer wieder neu interpretiert und ausgerichtet, damit sich die Gesellschaft

ANZEIGE



Bezugsmöglichkeiten: über den Buchhandel oder die Humanistische Union

Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin Telefon: (030) 204 502 56 E-Mail: service@humanistische-union.de www.humanistische-union.de/shop

Der alternative Verfassungsschutzbericht

Der aktuelle Grundrechte-Report listet in 41 Beiträgen die Defizite (und einen kleinen Fortschritt) in der Anerkennung und Durchsetzung einzelner Grundrechte in Deutschland auf.

Ein Schwerpunkt des Reports 2017 sind Einschränkungen sozialer Grundrechte, etwa bei Gefangenen und Behinderten. Darüber hinaus dokumentiert er den Abbau etablierter Freiheitsstandards beim Datenschutz, dem Fernmeldegeheimnis, bei der Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Der Bericht widmet sich den individuellen Auswirkungen diskriminierender Praktiken ebenso wie dem Abbau demokratischer Sicherungssysteme, etwa der parlamentarischen Kontrolle der Geheimdienste.

Der Grundrechte-Report liefert seit 1997 eine jährliche Bilanz der Menschen- und Bürgerrechte in Deutschland. Er wird von acht Bürger- und Menschenrechtsorganisationen herausgegeben. Die Autorinnen und Autoren werten neue Gesetze, Verwaltungs- und Gerichtsentscheide, aber auch das Handeln privater Unternehmen aus.

Grundrechte-Report 2017 – Zur Lage der Bürger- und Menschenrechte in Deutschland. Hrsg. von Till Müller-Heidelberg, Elke Steven, Marei Pelzer, Martin Heiming, Cara Röhner, Rolf Gössner, Julia Heesen und Arthur Helwich.

Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/Main, Juni 2017, 224 S. Buch: ISBN 978-3-596-29819-8, 10.99 Euro eBook: ISBN 978-3-10-490366-8, 9.99 Euro



Aktion des Nein-Bündnisses vor der Türkischen Botschaft. Foto: Holger Boening

weiterentwickeln kann. Bestimmte Inhalte müssen jedoch bestehen bleiben, damit die Verfassung weiterhin als demokratisch gelten kann. Legt man als Maßstab die französische Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte von 1789 an, so ist eine gesellschaftliche Ordnung erst dann als demokratisch zu bezeichnen, wenn die Verfassung bestimmte individuelle Rechte und die Teilung der Gewalten garantiert. Bei aller wünschenswerten Varianz demokratischer Spielarten ist dies der nicht veränderbare Wesenskern.

Demokratischer Wesenskern in Gefahr

Diesen Kern greifen die nun beschlossenen Verfassungsänderungen, die bis zum nächsten Wahltermin im Herbst 2019 schrittweise in Kraft treten, an. Sie stärken die Kompetenzen des Präsidenten und schwächen die Gewaltenteilung (siehe **md**-magazin Nr. 112). Der Präsident kann in vielen Bereichen per Dekret regieren und

eine große Anzahl von Staatsanwält/innen und Richter/innen ernennen. Damit bekommt er großen Einfluss auf die Justiz.

Die erste gleichzeitige Wahl von Präsident/in und Parlament wird 2019 stattfinden. Bei dieser Wahl würde Recep Tayyip Erdoğan im Falle seiner Wiederwahl offiziell das erste Mal im Amt bestätigt – bis ins Jahr 2029 könnte er an der Macht bleiben. Die Neue Zürcher Zeitung bezeichnete die gesamte Reform als "Machtballung ohne Korrektiv". Nicht zuletzt herrscht in der Türkei nach wie vor der Ausnahmezustand, der zentrale Menschen- und Bürgerrechte beschneidet.

Was geschieht nun mit der türkischen Demokratie?

Mit (direkter) Demokratie hatte diese Abstimmung im Ausnahmezustand fast nichts mehr zu tun. Wer öffentlich für ein Nein zur Verfassungsänderung geworben hatte, musste mit Verfolgung, Gewalt und Gefängnis rechnen. Eine freie Presse existierte nicht und die Ja-Kampagne hatte deutlich mehr Möglichkeiten und Mittel, auf sich aufmerksam zu machen.

Vor diesem Hintergrund überrascht das sehr knappe Ergebnis. Trotz des massiven Drucks von Seiten der türkischen Regierung hat fast die Hälfte der Abstimmenden die Verfassungsänderungen abgelehnt: Millionen stimmten gegen die Allmachtsfantasien ihres Präsidenten. Solange die türkische Gesellschaft auf so viele kritische Kräfte zählen kann, bleibt die Hoffnung bestehen, dass die Türkei zur Demokratie zurückkehrt. Auch der sozialdemokratische Abgeordnete Sezgin Tanrıkulu (CHP) gibt nicht auf: "Der Kampf um die Demokratie in der Türkei ist mit dem 16. April nicht vorbei. Er hat gerade erst begonnen."/



Anselm Renn Kampagnen- und Öffentlichkeitsarbeiter bei Mehr Demokratie, Mitorganisator der Türkei-Aktionen.

HINTERGRUND

Ausführliche Informationen zum Referendum in der Türkei finden Sie unter www.mehr-demokratie.de/tuerkei-verfassungsaenderungen.html



DER VOLKSENTSCHEID

Der Volksentscheid - ohne seine Vorstufen, Volksinitiative und Volksbegehren, bodenlos.

TEXT JOHANNES STÜTTGEN

Über die dritte Stufe der Volksabstimmung – nach Volksinitiative und Volksbegehren der Volksentscheid – ist es am schwierigsten zu schreiben. Dabei scheint der Volksentscheid zunächst am einfachsten zu begreifen, am selbstverständlichsten, gleichsam die Quintessenz der Gesamtprozedur. Der Entscheid, so könnte man meinen, ist das Entscheidende, das Ziel, der gültige, rechtsverbindliche Wille des Volkes, eben die Einlösung der Demokratie. Doch diese Sichtweise lässt den Volksentscheid die zwei Schritte davor, auf die es aber ankommt, buchstäblich verschlucken und erledigen.

Viel wichtiger und entscheidender als der Entscheid selbst sind das Wie und die Gründe seines Zustandekommens, der Willens-Bildeprozess, der die jeweiligen Ergebnisse und damit den Begriff der Demokratie selbst kreativ hervorbringt und ins Bewusstsein rückt. Alles, was die beiden Aspekte Volksinitiative und Volksbegehren ausblendet, am liebsten ganz übergeht zugunsten des quantitativ messbaren Entscheids, ist pure "Politik" – also genau das, was auf den Abfallhaufen der Geschichte gehört und durch das Prinzip Volksabstimmung abgelöst werden soll.

Im Prinzip Volksabstimmung kommt die Letztinstanz der Rechtsbestimmung – jeder Mensch – zum Zuge. Über die Volksinitiative, das Volksbegehren und den Volksentscheid wird die Demokratie schrittweise auf ihre Zielstufe, die Ich-Erfüllung und Ich-Verantwortlichkeit jedes Menschen geführt. Erst dieses Prinzip begründet den Entscheid in der Ichinstanz statt deren Stellvertreterinstanz. Wer das nicht begreift, will es vielleicht gar nicht begreifen und will, dementsprechend, auch überhaupt die Volksabstimmung nicht. Das ist dann auch gut so, denn die Zeit muss dafür schon reif sein.

Ich frage also: Ist sie jetzt reif? Nach meiner Einschätzung ist sie längst reif, sogar überreif. Überreif ist fast schon wieder gefährlich. Wir registrieren weltweit Rückfälle in vordemokratische Muster, die als pathologische Folge dieser Nichtbeachtung des Zeitauftrags gelten können, auch hier in Deutschland. Wohlgemerkt: das Beharren auf bloß "parlamentarischer" Demokratie führt unweigerlich zu deren (längst schon spürbarer) Zersetzung, nämlich Parteienzirkus. Nicht zuletzt sind es gerade die Parlamente, die dringend einer Neubestimmung bedürfen, wenn nicht die Demokratie den Bach heruntergehen soll. /



Johannes Stüttgen Mitinitiator des OMNIBUS für direkte Demokratie.

GEGEN WAHLEN

Der belgische Autor David van Reybrouck will mit Losverfahren die Demokratie verbessern.

TEXT KARL-MARTIN HENTSCHEL

Gleich vorweg: Der Titel ist irreführend. Van Reybrouck stellt Wahlen nicht grundsätzlich in Frage, sondern plädiert dafür, gewählte Gremien (Parlamente) mit gelosten Kammern zu ergänzen. Er beginnt sein Buch mit der üblichen Auflistung von Symptomen, an denen das aktuelle System leidet: Die Wahlbeteiligung sinke ebenso wie die Zahl der Parteimitglieder. Das Vertrauen in die Politik nehme ab, die Wählerwanderungen zu, und "dem Parlament droht Blutarmut".

Als eine Ursache sieht er, dass sich zwischen den Wähler/innen und den Kandidierenden immer mehr Intermediäre - Parteien, Presse, soziale Medien - etabliert haben, die das Bild von der Politik und den Politiker/innen in der Öffentlichkeit prägen. Am Ende dieser Entwicklung stehe die Postdemokratie: "Konkurrierende Teams professioneller PR-Experten kontrollieren die öffentliche Debatte während der Wahlkämpfe so stark, dass sie zu einem reinen Spektakel verkommt." Um dieses fatale Zusammenspiel aufzumischen, schlägt Van Reybrouck eine geloste Parlamentskammer vor. Er erinnert daran, dass im alten Athen und den italienischen Stadtrepubliken viele Ämter ausgelost wurden. Das Losverfahren galt als demokratisch, das Wahlverfahren als oligarchisch, da dann meist die Vertreter der mächtigen Familien gewählt wurden.

Die Gründerväter der USA und der französischen Republik setzten dagegen ganz auf Wahlen, gerade weil sie eine Elitendemokratie anstrebten. Arbeiter und Dienstboten ohne Besitz waren noch nicht einmal wahlberechtigt. Deshalb konzentrierte sich der politische Kampf für mehr Demokratie im 19. Jahrhundert darauf, das allgemeine und gleiche Wahlrecht durchzusetzen – zunächst für Männer, dann für Frauen. Losverfahren gerieten in Vergessenheit.

Heute werden sie wieder erprobt, etwa in der Verfassungsreform zur Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe in Irland. Während ein ähnliches Vorhaben der französischen Regierung Massendemonstrationen auslöste, wurde die Verfassungsänderung in Irland von einer Versammlung diskutiert, die zu einem Drittel aus Parlamentarier/innen und zu zwei Dritteln aus zufällig ausgelosten Menschen bestand. Das Ergebnis fand in der anschließenden Volksabstimmung 62 Prozent Zustimmung. Doch lag der irische Erfolg nur an der Zusammensetzung des Konventes, wie Van Reybrouck den Anschein erweckt? Eher hatte die Volksabstimmung einen wesentlichen Anteil.

Dass sich Van Reybrouck mit direkter Demokratie gar nicht befasst, ist angesichts seiner Ausgangsanalyse ärgerlich. Er handelt direkte Demokratie ausgerechnet am Beispiel der Occupy-Bewegung ab. Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit der Konsensdemokratie und dem Wechselspiel von Parlament und Volksentscheiden in der Schweiz fehlt. Schade!

Zur Debatte um eine Ausweitung der Bürgerbeteiligung, in der auch geloste



David Van Reybrouck: "Gegen Wahlen. Warum Abstimmen nicht demokratisch ist", Wallstein Verlag, Göttingen 2016, 200 Seiten, 17,90 Euro, ISBN 978-3-8353-1871-7

Gremien diskutiert werden, leistet Van Reybrouck dagegen mit seinem Vorschlag einer zweiten gelosten Kammer, die an die Seite des gewählten Parlamentes tritt, einen wertvollen Beitrag. Er passt zu einer Idee, die zur Zeit auch bei Mehr Demokratie diskutiert wird: Vor einem Volksentscheid soll ein gelostes Gremium einen dritten Alternativvorschlag zu dem der Initiative und dem des Parlamentes erarbeiten. Dann könnte die Entscheidung im Volksentscheid durch eine Präferenzwahl erfolgen.



Karl-Martin Hentschel Mathematiker und Buchautor, Mitglied im Bundesvorstand von Mehr Demokratie.

KURZ NOTIERT

Demokratie-Nachrichten aus Europa und der Welt

Europa

Mit Stop Glyphosat hat die vierte offiziell registrierte Europäische Bürgerinitiative (EBI) die notwendige Zahl von einer Million Unterschriften überschritten. Von insgesamt 41 zugelassenen EBIs gelang das bisher nur den drei Initiativen Stop Vivisection (1,3 Millionen), One of us (1,9 Millionen) und Water is a human right (1,9 Millionen). Die EU-Kommission hat jetzt drei Monate Zeit, die Unterschriften zu prüfen.

Italien

Ein neues Wahlrecht ist in Sicht. Die vier größten Parteien des Landes haben sich auf eine Sperrklausel von fünf Prozent geeinigt. Außerdem diskutieren sie ein Verhältniswahlrecht nach deutschem Vorbild. Im Herbst soll in Italien neu gewählt werden, doch das aktuelle Wahlrecht ist verfassungswidrig (siehe mdmagazin Nr. 112). Der ehemalige Regierungschef Matteo Renzi hatte eine umfassende Verfassungsreform durchzudrücken versucht, die jedoch im Referendum scheiterte. Das aktuelle Wahlrecht nimmt die Verfassungsreform

vorweg, die unter anderem die Länderkammer (Senat) des italienischen Parlaments abgeschafft hätte.

Schweiz

Ab 2019 soll die elektronische Stimmabgabe in den meisten Kantonen möglich sein. Ob diese davon Gebrauch machen, können sie selbst entscheiden. Nach Angaben der Bundesregierung wollen die Anbieter elektronischer Wahlsysteme bis Ende 2018 ausreichend sichere Lösungen entwickelt haben. Parallel wird eine entsprechende Gesetzesänderung erarbeitet. Bis diese vom Parlament – und im Falle eines Referendums vom Volk – verabschiedet ist, werden ebenfalls voraussichtlich noch zwei bis drei Jahre ins Land gehen.

Bei der Abstimmung vom 21. Mai haben die Schweizer/innen das Energiegesetz angenommen. Die SVP hatte gegen das Gesetz das fakultative Referendum ergriffen. Das Energiegesetz schreibt die Energiestrategie der Schweiz bis 2050, mit einem allmählichen Atomausstieg, strengeren Abgasvorschriften und Förderung von energetischen Sanierungen fest.

Spanien

Der Streit um die katalanische Unabhängigkeit eskaliert weiter. Die Initiator/innen des für verfassungswidrig erklärten symbolischen Unabhängigkeitsreferendums von 2014 wurden zu Ämterverboten verurteilt. Der damalige katalonische Premier Artur Más erhielt die längste Strafe: Er darf für die nächsten zwei Jahre kein öffentliches Amt antreten. Dennoch diskutierte das Regionalparlament in Barcelona erneut über eine mögliche Unabhängigkeit und beschloss, im Herbst ein neues Referendum abzuhalten.

Ungarn

In Budapest haben Ende Mai Tausende gegen das neue Hochschulgesetz demonstriert, das ausländischen Universitäten die Arbeit in Ungarn erschwert und die Arbeit regierungskritischer Organisationen bedroht. Das Europaparlament hat unter anderem deshalb ein sogenanntes Rechtsstaatsverfahren gegen Ungarn eingeleitet, weil es europäische Grundwerte wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte gefährdet sieht.



ANKÜNDIGUNG DER BUNDESMITGLIEDER-VERSAMMLUNG

Die nächste Bundesmitgliederversammlung findet am 11. November 2017 in Kassel statt.

Liebe Mitglieder,

TAGUNGSTERMIN UND -ORT Samstag, 11. November 2017 Beginn 11:30 Uhr Ende 18 Uhr

Haus der Kirche

Wilhelmshöher Allee 330 34123 Kassel

WEITERE ANTRÄGE bis zum 1. August an

Mehr Demokratie e.V. Alexander Trennheuser Friedrich-Ebert-Ufer 52 51143 Köln Tel. 02203-59 28 59 Fax 02203-59 28 62 antrag@mehr-demokratie.de bereits jetzt möchten wir Sie auf die kommende Bundesmitgliederversammlung am 11. November 2017 in Kassel hinweisen. Sie beginnt um 11.30 Uhr und endet gegen 18 Uhr. Tagungsort ist diesmal das Tagungszentrum im Haus der Kirche in Kassel, Wilhelmshöher Allee 330.

Inhalte

Wir werden zurückblicken auf das Wahljahr 2017 und die Bundeskampagne. Was haben wir erreicht? Was sind die nächsten Ziele? Auch unsere Aktivitäten gegen die Freihandelsabkommen gehen weiter. Bald wird das Ratifizerungsgesetz zu CETA erwartet. Dann wird auch das Hauptsacheverfahren zu CETA vor dem Bundesverfassungsgericht verhandelt. Diese und weitere Themen möchten wir gerne mit Ihnen diskutieren. Kommen Sie zahlreich nach Kassel und gestalten Sie die Bundesmitgliederversammlung mit! Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme.

Anträge

Bis zum 1. August 2017 besteht die Möglichkeit, die unten aufgeführte, vorläufige Tagesordnung um weitere Punkte zu ergänzen. Die um diese Punkte erweiterte Tagesordnung wird mit der nächsten Ausgabe der Mitgliederzeitschrift (4/2017) im Oktober veröffentlicht. Danach können aufgrund von Vorgaben des Vereinsrechts nur noch Anträge zu den Themen der veröffentlichten Tagesordnung gestellt werden (voraussichtlich bis zum 19. Oktober 2017). Die Vorlage für einen Antrag an die Bundesmitgliederversammlung können Sie unter antrag@mehr-demokratie.de anfordern.

Anmeldung und Kosten

Sie können sich bereits jetzt per Mail unter mitgliederservice@mehr-demokratie.de oder telefonisch unter 07957-9239050 anmelden. Im Tagungszentrum gibt es ein Mittagessen sowie Getränke für alle Teilnehmenden. Die Teilnahme an der eintägigen Bundesmitgliederversammlung ist kostenfrei. Für die Teilnahme kann VOR der Mitgliederversammlung ein Fahrtkostenzuschuss von bis zu 75 Prozent beantragt werden. Die Anfrage ist an Roman Huber zu richten (roman.huber@mehr-demokratie.de).

Vorläufige Tagesordnung für die Bundesmitgliederversammlung am Samstag, 11.11.2017

Beginn: 11.30 Uhr, Ende: 18 Uhr

- Begrüßung und Formalia
- 1.1. Formalia
- 1.2. Beschluss des Protokolls der letzten BMV (6.-7.5.2017 in Berlin)
- 2. Berichte
- 2.1. Berichte aus den Landesverbänden
- 2.2. Bericht des Bundesvorstands
- 3. Politisches
- 3.1. Auswertung der Bundeskampagne
- 3.2. Widerstand gegen TTIP und CETA
- 4. Anträge
- 4.1. Satzungsänderungsantrag hinsichtlich der Kassenprüfung (Bundesvorstand)
- 4.2. Änderungsantrag zur Finanzordnung hinsichtlich der Kassenprüfung (Bundesvorstand)
- 4.3. Satzungsänderungsantrag: Änderung der Satzung bezüglich des Demokratieverständnisses im Sinne des Vereinsziels sowie bei Aufnahme und zum Ausschluss aus dem Verein Mehr Demokratie e.V. (Karolin Schulz und Andreas Beck)
- 4.4. Antrag zum Kinderwahlrecht (Karl-Martin Hentschel)

5. Abschluss und Verschiedenes

Die formale Einladung mit vollständiger Tagesordnung und den Satzungsänderungsanträgen im Wortlaut wird in der nächsten Ausgabe der Zeitschrift Anfang Oktober 2017 veröffentlicht.

Für den Bundesvorstand



Bertram Böhm

Alexander Trennheuser

KAMPAGNE 2017 **BESCHLOSSEN**

Vom 6. bis 7. Mai trafen sich Mitglieder von Mehr Demokratie aus ganz Deutschland in Berlin zur Bundesmitgliederversammlung.

TEXT NICOLA QUARZ

Das Programm war prall gefüllt: Neben der Kampagne zur Bundestagswahl 2017 standen der Finanzbericht, mehrere Wahlen und das Demokratieverständnis von Mehr Demokratie auf dem Plan. Letzteres entstand auf der Grundlage eines Antrages von Karolin Schulz und Andreas Beck und wurde von den Anwesenden intensiv diskutiert. Das von der Versammlung beschlossene Ergebnis finden Sie links im Kasten dokumentiert.

Ihren Höhepunkt erreichte die Veranstaltung mit dem Vortrag des Landes- und Fraktionsvorsit-

zenden der CDU Thüringen. Mike Mohring erläuterte, warum er fakultative Referenden nach

Schweizer Vorbild fordert. Seine Fraktion hat einen entsprechenden Gesetzentwurf in den Thü-

ringer Landtag eingebracht. "Wenn Probleme abgeräumt werden durch Entscheid, dann sammelt

sich nicht alles bis zum Wahltag und dann kommt der große Hammer", erklärte er. "Diejenigen,

die abstimmen, sind doch dieselben, die auch wählen gehen sollen. Da braucht man keine Angst

zu haben", betonte Mohring und stellte sich im Anschluss der Debatte zur direkten Demokratie

auf Bundesebene. Eine tolle Gelegenheit, mit einem hochrangigen CDU-Politiker über unsere

Diskussion: Die CDU Thüringen fordert fakultative Referenden

Für Mehr Demokratie ist Demokratie untrennbar

verbunden

BESCHLUSS ZUM DEMOKRATIE-

Bundesmitglieder-

versammlung vom 7. Mai 2017

VERSTÄNDNIS

- mit dem aktiven Schutz der Würde jedes Menschen,
- mit dem Schutz von Minderheiten.
- mit der Achtung der Menschenrechte.
- mit Toleranz und Respekt für vielfältige Lebensentwürfe
- deutschen Geschichte resultierenden Verantwortung. Dieses Demokratieverständnis ist auch die Voraussetzung für die

Zusammenarbeit mit

tionen.

Parteien und zivilgesellschaftlichen Organisa-

und mit der aus der

Wir wollen abstimmen!

Kernforderung zu sprechen!

Das Herzstück der Veranstaltung bildete die Bundeskampagne zur Einführung der direkten Demokratie auf Bundesebene. Tim Weber stellte Eckpunkte der Kampagne vor: Zahlreiche Mitmach-Aktionen in der "Wahlkreisphase" und der Spiegel als Symbol, ein Bürgergutachten und ein Online-Kongress zur Demokratie und schließlich als Kern und großes Finale der Kampagne eine große Unterschriftenaktion in der "Koalitionsverhandlungsphase" (siehe den Artikel ab Seite 4). Der Kampagnenplan erfuhr große Zustimmung. Der Omnibus für Direkte Demokratie stellte das Video-Projekt "Ich will abstimmen" (siehe Artikel auf Seite xx) vor und nahm bereits während der Versammlung einige Statements von Aktiven auf.

Finanzbericht, Wahlen der Kassenprüfung und des Stiftungsbeirats

Nachdem der Kassenprüfer berichtet und die Versammlung den Vorstand entlastet hatte, stellte Geschäftsführer Tim Weber den Finanzplan für 2017 vor. Auch der wurde angenommen. Im Anschluss wurde gewählt: Als Rechnungsprüfer wurde Klaus Peinelt-Jordan im Amt bestätigt. Im Stiftungsbeirat sitzen nun Claudine Nierth, Andreas Häußler und Prof. Dr. Arne Pautsch. /

Nicola Quarz Juristin, Mitarbeiterin bei Mehr Demokratie.

KONTAKT

Landesbüro Baden-Württemberg

Rotebühlstr. 86/1, 70178 Stuttgart Tel. 0711-509 10 10, Fax 0711-509 10 11 info@mitentscheiden.de

Landesbüro Bayern

Schwanthalerstr. 120, 80339 München Tel: 089-462 242 05 oder 08071-597 51 20 bayernbuero@mehr-demokratie.de

Landesbüro Berlin/Brandenburg

Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin Tel. 030-420 823 70, Fax 030-420 823 80 berlin@mehr-demokratie.de

Landesbüro Bremen/Niedersachsen

Bernhardstr. 7, 28203 Bremen Tel. 0421-79 46 370, Fax 0421-79 46 371 tim.weber@mehr-demokratie.de

Landesbüro Hamburg

Mittelweg 12, 20148 Hamburg Tel. 040-317 691 00, Fax 040-317 691 028 info@mehr-demokratie-hamburg.de

Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern

Hermannstr. 36, 18055 Rostock mecklenburg-vorpommern@mehr-demokratie.de

Landesbüro Nordrhein-Westfalen

Friedrich-Ebert-Ufer 52, 51143 Köln Tel. 02203-59 28 59, Fax 02203-59 28 62 nrw@mehr-demokratie.de

Landesbüro Sachsen

Hoyerswerdaer Straße 28, 01097 Dresden sachsen@mehr-demokratie.de

Landesbüro Thüringen

Trommsdorffstr. 5, 99084 Erfurt Mobil 0176-240 857 58 (Phillip Gliesing) thueringen@mehr-demokratie.de

Ansprechpartner Hessen

Matthias Klarebach, Dirk Oestreich vorstand@md-hessen.de

Ansprechpartner Rheinland-Pfalz

Gert Winkelmeier Tel. 02684-61 07, Fax 02684-959 291 gert.winkelmeier@mehr-demokratie.de

Ansprechpartner Saarland

Thomas Gretscher Tel. 0681-416 36 41 thomas.gretscher@mehr-demokratie.de

Ansprechpartner Schleswig-Holstein

Rolf Sörensen Tel. 04671-93 02 56 md.schleswig-holstein@gmx.de

Ansprechpartner Sachsen-Anhalt

Hans-Dieter Weber Tel. 0172-394 88 61 hdum-weber@t-online.de

ARBEITSBEREICHE

Geschäftsführung und Kuratorium

Roman Huber, Büro Tempelhof roman.huber@mehr-demokratie.de Tim Weber, Büro Bremen tim.weber@mehr-demokratie.de

Service für Mitglieder und Förderer

Carola Hadamovsky, Büro Tempelhof mitgliederservice@mehr-demokratie.de

Pressesprecherin

Anne Dänner, Büro Berlin presse@mehr-demokratie.de

Internet

Charlie Rutz (Redaktion), Büro Berlin charlie.rutz@mehr-demokratie.de Stefan Padberg (Technik) webmaster@mehr-demokratie.de

Vorträge und Repräsentation

Ralf-Uwe Beck, erreichbar über Büro Berlin Claudine Nierth, erreichbar über Büro Berlin

Finanzierung und Stiftung

Katrin Tober, Büro Bremen katrin.tober@mehr-demokratie.de

Wissenschaft und Dokumentation

Frank Rehmet, Büro Hamburg frank.rehmet@mehr-demokratie.de

Lobbyarbeit

Claudine Nierth, erreichbar über Büro Berlin claudine.nierth@mehr-demokratie.de
Oliver Wiedmann, Büro Berlin
oliver.wiedmann@mehr-demokratie.de

Democracy International

Daniel Schily, Büro NRW daniel.schily@mehr-demokratie.de

Arbeitskreis Europa und Welt

Stefan Padberg stefan.padberg@mehr-demokratie.de

Arbeitskreis Bürgerbegehren

Susanne Socher, Büro Bayern beratung@mehr-demokratie.de

Arbeitskreis Wahlrecht

Paul Tiefenbach
paul.tiefenbach@mehr-demokratie.de

Arbeitskreis Bürgerbeteiligung

Christian Büttner christian.buettner@mitentscheiden.de Fabian Reidinger fabian.reidinger@mehr-demokratie.de

Arbeitskreis dezentrale Demokratie

Karl-Martin Hentschel karl.m.hen@googlemail.com

Beratung von Bürgerbegehren

Bei den Landesbüros oder zentral: beratung@mehr-demokratie.de

BUNDESBÜROS

Bundesbüro Tempelhof

Tempelhof 3, 74594 Kreßberg Tel. 07957-923 90 50, Fax 07957-924 99 92 mitgliederservice@mehr-demokratie.de

Bundesbüro Berlin

Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin Tel. 030-420 823 70, Fax 030-420 823 80 berlin@mehr-demokratie.de

IMPRESSUM

Herausgeber (V.i.s.d.P.)

Mehr Demokratie e.V. Tempelhof 3, 74594 Kreßberg Tel. 07957-923 90 50, Fax 07957-924 99 92 mitgliederservice@mehr-demokratie.de

Redaktion

Neelke Wagner Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin Tel. 030-420 823 70, Fax 030-420 823 80 zeitschrift@mehr-demokratie.de

Abonnement

18 Euro für vier Ausgaben jährlich. Für Mitglieder und Förderer von Mehr Demokratie e.V. ist der Abopreis durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Anzeigen

Preisliste Nr. 4 vom 11.4.2012

Druck

Druckerei&Verlag Steinmeier GmbH&Co.KG 100% Umweltpapier

Konto

Mehr Demokratie, BfS München IBAN: DE14 700 2050 0000 885 8105 BIC: BFSWDE33MUE

Kleingedrucktes

Nachdruck frei, Quellenangabe und Belegexemplar erbeten. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Vereins wieder. Für unaufgefordert eingesandte Artikel kann keine Haftung übernommen werden. Die Redaktion behält sich die Kürzung/ Nicht-Veröffentlichung von Leserbriefen vor.

Redaktions schluss

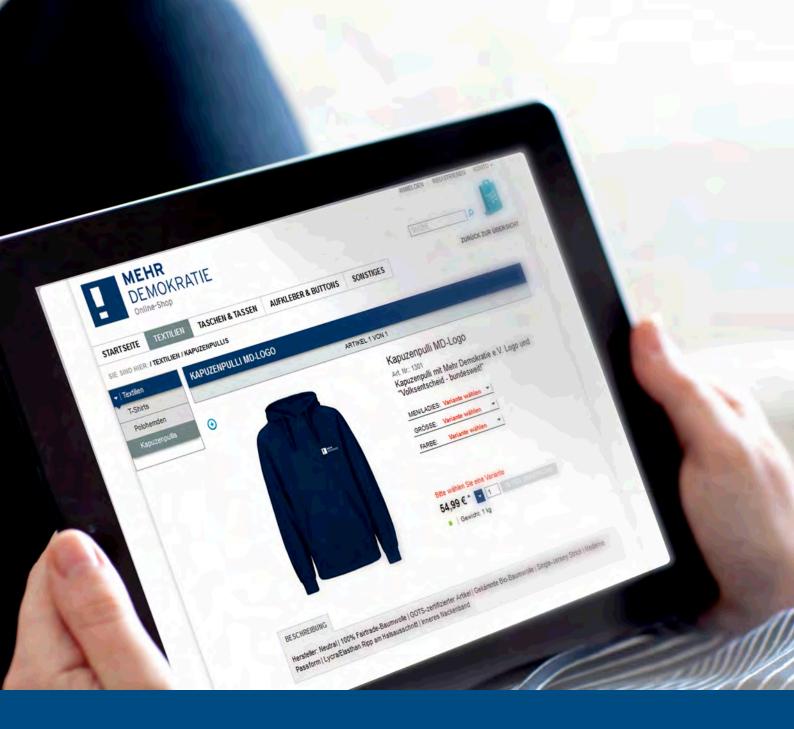
Für Heft 4/2017: 15.08.2017

Bildnachweis

Soweit nicht anders angegeben, stammen alle Bilder dieser Ausgabe aus unserer Datenbank.

Gestaltung

Susanne Appelhanz (www.change-ahoy.de), Neelke Wagner



DER NEUE WEBSHOP VON MEHR DEMOKRATIE

Jetzt Mehr Demokratie-Produkte bestellen!

Sie stehen hinter den Zielen und Mehr Demokratie und wollen dies auch zeigen? Sie wollen in unserer Kampagne zur Bundestagswahl aktiv werden und dafür Materialien bestellen? Dann sind Sie richtig im neuen Webshop von Mehr Demokratie. Ab dem 1. Juli finden Sie hier Kleidung und praktische Kleinigkeiten mit dem Mehr Demokratie-Logo oder aktuellen Kampagnensprüchen. Einfach mal reinschauen!

Bis Ende Juli erhalten Sie ein Geschenk mit der ersten Bestellung.

